

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1993

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

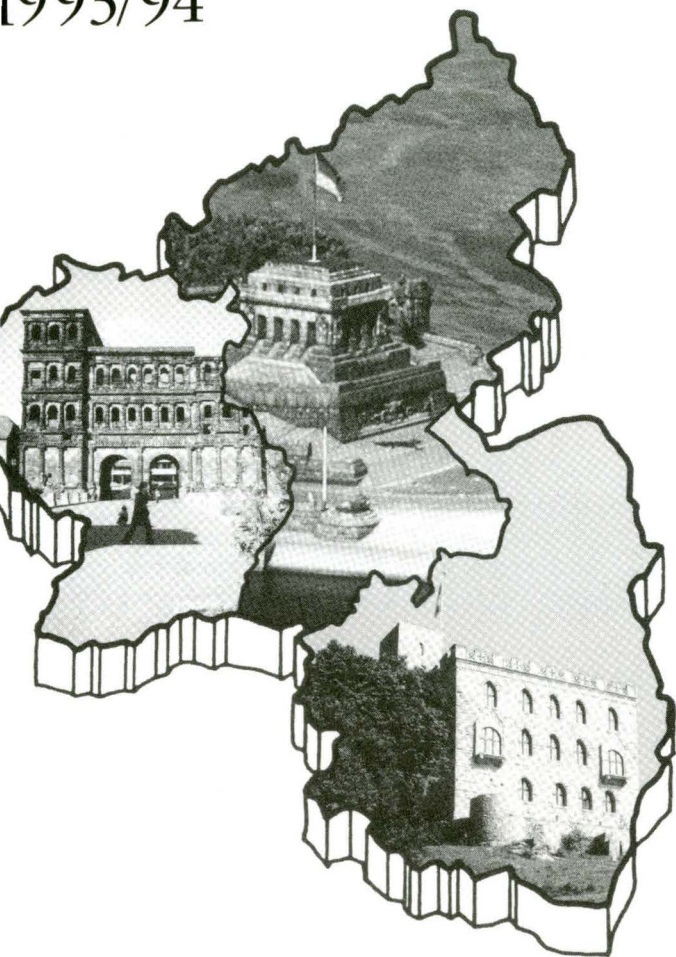
Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz	211	Zu der für den 10. Oktober 1993 anberaumten Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz wurde in allen Wahlkreisen für die einzelnen Wahlgänge jeweils nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so daß die vorgeschlagenen Bewerber als gewählt gelten. Der Hauptwahlleiter hat das Ergebnis im Staatsanzeiger vom 11. Oktober 1993 bekanntgemacht.
Ausgaben für das Bildungswesen	212	Die Struktur der Ausgaben des Landes und der Kommunen wird für die einzelnen Bereiche des Bildungswesens dargestellt.
Ausländische Bevölkerung 1992	215	Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer hat 1992 einen neuen Höchststand erreicht. Gleichzeitig ist die Zahl der Einbürgerungen stark angestiegen. Es wird die alters- und nationalitätsmäßige Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppen sowie die Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland untersucht.
Nebenerwerbslandwirtschaft	222	Im Zuge des Strukturwandels in der Landwirtschaft nimmt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe ständig zu. Das Produktionspotential dieser Betriebe wird vorgestellt.
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen 1991	226	Die unterschiedlichen Produktionsschwerpunkte der Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft lassen sich mit Hilfe der Betriebs-systematik abbilden. Über die neuesten Ergebnisse aus dem Jahr 1991 wird berichtet.
Bestandsstrukturen in der Viehhaltung 1992	231	Es werden die Bestandsgrößen in der Rinder- und Schweinehaltung sowie deren Struktur unter Berücksichtigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und der Einflüsse der Garantiemengenregelung für Milch und der Mutterkuhprämien dargestellt.
Anhang	73*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	79*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Rheinland-Pfalz

heute



1993/94



Der vierfarbige Prospekt „Rheinland - Pfalz heute“ dient als Schnellinformation. Er gibt auf 20 Seiten einen Überblick über die wichtigsten Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Staat; außerdem Vergleichszahlen mit Flächenländern und des Bundesgebietes und statistische Ergebnisse aus den kreisfreien Städten und Landkreisen.

Neu aufgenommen ist eine Seite mit Angaben über die Wirtschaft, die Veranstaltungsort des Rheinland-Pfalz-Tages 1994 ist.

380/93/BER



bitte
frei-
machen

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland - Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 BAD EMS**

Bestellkarte

Ich / Wir bestelle (n)

Exemplar (e)

„Rheinland - Pfalz heute“

zum Preis von	1,00 DM
ab 100 Exemplare	0,80 DM
ab 500 Exemplare	0,60 DM

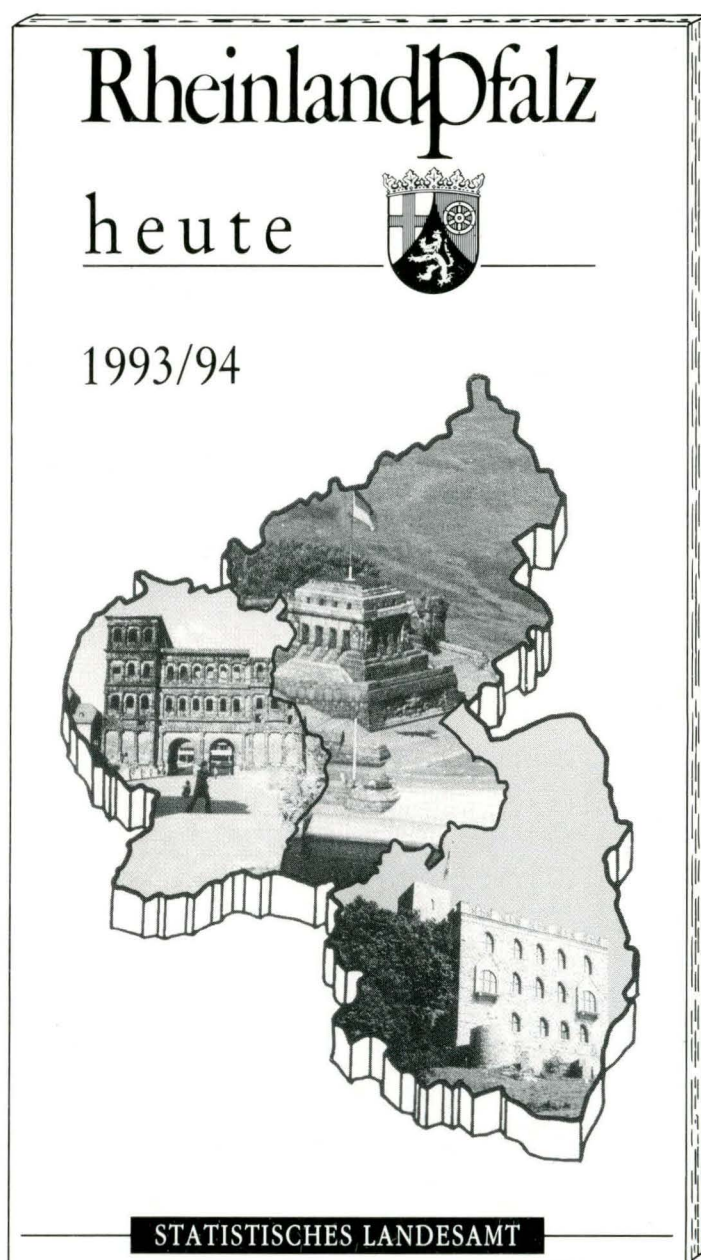
zuzüglich Porto

Name / Dienststelle / Firma :

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Rheinland-Pfalz heute – 1993/94

Neuerscheinung



Der vierfarbige Prospekt „Rheinland-Pfalz heute“ ist eine Broschüre in handlichem Hochformat.

Auf 20 Seiten finden sich instruktive Daten über die Bevölkerung, die Kultur, die Arbeit, die Wirtschaft und den Staat. Vergleichszahlen für die Flächenländer und das Bundesgebiet sowie statistische Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise ergänzen den Prospekt.

Den Abschluß bildet eine Seite mit Angaben über die Stadt Wittlich, die Veranstaltungsort des Rheinland-Pfalz-Tages 1994 ist.

Einzelexemplare werden zum Preis von 1,00 DM (zuzüglich Porto) abgegeben. Ab 100 Exemplare wird Mengenrabatt gewährt.

Nutzen Sie die Möglichkeit, Rheinland-Pfalz heute 1993/94 mit der beigelegten Postkarte oder telefonisch unter der Nummer 02603/7 12 45 zu bestellen.

Anteil der Bildungsausgaben liegt bei 22 %

In den Jahren 1980 bis 1990 gaben Land, Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bildungssektor 44,8 Mrd. DM aus. Davon entfielen 72 % auf die Schulen und die vorschulische Bildung sowie 18 % auf die Hochschulen. Die Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen beanspruchten 10 % der Mittel.

Im Durchschnitt der Jahre wandten die Körperschaften 22,3 % ihrer unmittelbaren Ausgaben für das Bildungswesen auf. Über den gesamten Zeitraum gesehen war der Zuwachs etwas niedriger als bei den Ausgaben insgesamt, so daß der Anteil sich geringfügig verringerte. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 212.

Rund 35 300 Bafög-Empfänger im Jahre 1992

Im Verlauf des Jahres 1992 erhielten insgesamt 25 589 Studenten/-innen und 9 691 Schüler/-innen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Der durchschnittliche monatliche Förderungsbeitrag lag je Student/-in bei 601 DM und je Schüler/-in bei 456 DM.

Der gesamte finanzielle Aufwand betrug 1992 rund 160,8 Mill. DM, davon wurden 62 % (99 Mill. DM) als Zuschuß und 38 % (61,8 Mill. DM) als Darlehen gewährt. Während für die Schüler/-innen die gesamten Aufwendungen von 30,6 Mill. DM als Zuschuß geleistet wurden, erhielten die Studenten/-innen 53 % (68,4 Mill. DM) als Zuschuß und 47 % (61,8 Mill. DM) als Darlehen. we

Zahl der Ausländer und der Einbürgerungen auf bisherigem Höchststand

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden ausländischen Mitbürger belief sich Ende 1992 auf 258 888 Personen. Das waren 30 458 oder 13,3 % mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig erhöhte sich der Ausländeranteil von 6 % 1991 auf 6,7 % im Jahre 1992. Er liegt aber immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 8 %.

Knapp 80 % der hier wohnenden Ausländer stammen aus europäischen Ländern, gut zwei Drittel von diesen oder 142 500 kamen aus Nicht-EG-Staaten. An erster Stelle standen 1992, wie seit Jahren, türkische Staatsbürger mit fast 68 000 Personen, gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. An dritter Stelle unter den nicht aus der europäischen Gemeinschaft stammenden Europäern standen Polen mit nicht ganz 11 900. Von den außereuropäischen Nationen waren US-Amerikaner mit knapp 8 200, Vietnamesen mit gut

5 100 und Iraner mit nicht ganz 4 000 Personen am häufigsten vertreten.

Der ausländische Bevölkerungsteil ist durchschnittlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Ende 1992 waren 71 % der Ausländer im Alter von 18 bis 60 Jahren, fast 24 % waren jünger als 18 Jahre. Bei der Bevölkerung insgesamt beliefen sich diese Anteilwerte auf gut 59 bzw. 19 %. Gut jeder Fünfte der Gesamtbevölkerung war 60 Jahre und älter, bei den Ausländern aber nur knapp jeder Zwanzigste.

Im Jahre 1992 wurden fast 17 700 Personen eingebürgert, das waren gut 73 % mehr als 1991. Die weit überwiegende Zahl von ihnen, nämlich über 16 300, hatten einen gesetzlichen Anspruch auf Einbürgerung. Bei dieser Gruppe waren Kinder unter 15 Jahren mit einem Anteil von über 30 % weit stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung, in der nur gut 16 % in diesem Alter waren. Zu über 81 % betrafen die Anspruchsseinbürgerungen Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, deren Zahl um 82,5 % höher lag als 1991. An zweiter Stelle folgten mit einem Anteil von gut 10 % Menschen aus Rumänien.

Auf die andere Art der Einbürgerung, nämlich im Wege des Ermessens, entfielen 1992 fast 1 370 Fälle. Von diesen hatten rund 47 % vorher die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes besessen. Fast 120 stammten aus Polen, 81 waren vorher jugoslawische und 76 italienische Bürger. Von den hier lebenden Türken, der weitaus größten Ausländergruppe, wurden 72 im Ermessenswege eingebürgert. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 215.

Über 196 000 Sozialhilfeempfänger

Im Jahre 1992 bezogen in Rheinland-Pfalz 196 269 Personen Sozialhilfe. Das waren 12 852 mehr als im Vorjahr. Überdurchschnittlich zugenommen hat erneut die Zahl der ausländischen Hilfesuchenden. Ihr Anteil am Empfängerzuwachs belief sich 1992 auf über 53 %. Seit 1988 hat sich die Quote der ausländischen Leistungsbezieher verdoppelt, so daß jetzt drei deutschen ein ausländischer Sozialhilfeempfänger gegenübersteht.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt empfangen 146 000 Menschen, rund 11 000 mehr als ein Jahr zuvor. In der Leistungsgruppe der Hilfe in besonderen Lebenslagen erhöhte sich die Zahl der Bezieher um 3 000 auf 77 700. Von den verschiedenen Einzelhilfen wurde die Krankenhilfe mit 29 640 Fällen (+ 8,5 %) am häufigsten in Anspruch genommen. Unterstützung zur Pflege erhielten 27 486 Antragsteller, das sind 3 % weniger als im Vorjahr. Die Eingliederungshilfe für Behinderte wurde 17 287 Personen (+ 1,5 %) gewährt. us

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im September 1993		
Indexbezeichnung	1985 = 100	Veränderung zu Sept. 1992 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	114,0	2,1
Bekleidung, Schuhe	116,9	2,6
Wohnungsmieten	132,5	5,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,7	1,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	118,5	3,0
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	123,1	3,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122,2	3,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	116,4	3,1
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	136,1	8,4
Gesamtlebenshaltung	120,3	4,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,7	3,7
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	121,2	4,1
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,9	3,8

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Landwirtschaft – immer mehr im Nebenerwerb

Fast 58 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz wurden 1991 im Nebenerwerb bewirtschaftet. Vor zwanzig Jahren lag dieser Anteil erst bei 49 %. Die wichtigste Quelle für die außerbetrieblichen Einkünfte ist das Erwerbseinkommen. Da meistens die außerbetriebliche Tätigkeit als Vollbeschäftigung erfolgt, muß der Betrieb in der verbleibenden Zeit bewirtschaftet werden. Dies beeinflußt auch die Betriebsorganisation.

So zeichnen sich viele Nebenerwerbsbetriebe durch geringe Flächenausstattung, kleine Viehbestände und geringe Standardbetriebseinkommen aus. Fast zwei Drittel aller Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften weniger als 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

60 % erzielen ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 5 000 DM.

Die Bodenproduktion umfaßt im wesentlichen Getreide, wobei die Sommerungen größere Bedeutung haben als bei den Haupterwerbsbetrieben. In der Viehhaltung stehen die arbeitsintensive Milch- und Ferkelproduktion im Hintergrund. Anzutreffen sind Ammen- und Mutterkuhhaltung sowie Mastschweinehaltung. Vorherrschend sind kleine Bestandsgrößen.

Mit 83 % weist der Westerwaldkreis den höchsten Anteil an Nebenerwerbsbetrieben auf. Sie bewirtschaften dort 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ähnliche Verhältnisse finden sich im Rhein-Hunsrück-Kreis und dem Landkreis Daun. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 222.

Weinbau ist wichtigster Produktionszweig in der Landwirtschaft

Alle zwei Jahre wird im Rahmen der Agrarberichterstattung die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe an Hand der Struktur ihrer Standarddeckungsbeiträge dargestellt. Dem Betriebsbereich Landwirtschaft gehörten im Jahre 1991 noch 48 900 der insgesamt 58 200 Betriebe an. Ihren Schwerpunkt in der Forstwirtschaft hatten 7 200 Betriebe und im Gartenbau 940 Betriebe.

Die größte Bedeutung innerhalb der Landwirtschaft hatten die Dauerkulturbetriebe (22 300), bei denen es sich überwiegend um Weinbaubetriebe (87 %) handelte. Futterbau (12 700) und Marktfruchtbau (11 400) waren die beiden anderen Produktionsschwerpunkte der rheinland-pfälzischen Betriebe.

Außer zur Klassifizierung dienen die Standarddeckungsbeiträge auch als Grundlage für die Berechnung von betrieblichen Einkommenskapazitäten, den sogenannten Standardbetriebseinkommen. Rund 26 000 DM erwirtschaftete 1991 der Durchschnittsbetrieb. 26 200 DM erzielten die Betriebe des Bereichs Landwirtschaft. Die höchsten Einkommen erreichten die Gartenbaubetriebe (57 800 DM). Aufgrund der vielen kleinen Forstbetriebe lag der Durchschnitt in der Forstwirtschaft bei nur 23 400 DM.

Innerhalb der Landwirtschaft hängt die Höhe des Standardbetriebseinkommens von der Produktionsrichtung ab. Mit 31 300 DM war es bei den Dauerkulturbetrieben am höchsten, gefolgt von den Veredlungsbetrieben (28 900 DM) und den Futterbaubetrieben (28 700 DM). Das geringste Einkommen wies die Gruppe der Marktfruchtbetriebe (13 700 DM) auf. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 226.

Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

Die Landwirtschaftskammer ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie vertritt die berufsständischen Interessen der Landwirtschaft und regelt ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortlichkeit selbst. Zur Landwirtschaft im Sinne des Landesgesetzes über die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (LwKG) gehören insbesondere die Betriebe des Ackerbaus, der Grünlandwirtschaft, der Forstwirtschaft, des Weinbaus, des Gartenbaus und der Fischerei.

Über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschließt die Vollversammlung, die aus 80 Mitgliedern besteht. Die Vollversammlung wird auf sechs Jahre gewählt. Die Gesamtleitung der Wahl hat nach § 2 der Landesverordnung für die Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (Landwirtschaftskammerwahlordnung - WO-LwKG) der Leiter des Statistischen Landesamtes als Hauptwahlleiter. Er hatte im Einvernehmen mit dem Vorstand der Landwirtschaftskammer den 10. Oktober 1993 als Wahltag bestimmt.

Rechtsgrundlagen für die Wahl sind:

- das Landesgesetz über die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (LwKG) vom 28. Juli 1970 (GVBl. S. 309, BS 780-1), geändert durch Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (LwKG) vom 31. Oktober 1974 (GVBl. S. 464, BS 780-1) und
- die Landesverordnung für die Wahl zur Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (Landwirtschaftskammerwahlordnung - WO-LwKG) GVBl. S. 380, BS 780-1-1 vom 18. September 1970.

Wahlgrundsätze und Wahlverfahren

Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind gemäß § 27 WO-LwKG die Verfahrensregelungen des Kommunalwahlrechts entsprechend anzuwenden. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung der Wahlhandlung, die Einrichtung der Wahlräume, die Stimmabgabe und den sonstigen Ablauf der Wahlhandlung, für die Ermittlung des Wahlergebnisses sowie für die öffentlichen Bekanntmachungen.

Die Wahlgrundsätze und das Wahlverfahren sind in § 7, Wahlrecht und Wählbarkeit in § 8 LwKG geregelt.

Von den 80 Mitgliedern der Vollversammlung werden am Wahltag in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl

- 48 Vertreter der Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Wahlgang I,
- 9 Vertreter der voll mitarbeitenden Familienangehörigen der Betriebsinhaber im Wahlgang II und
- 7 Vertreter der ständig hauptberuflich tätigen Arbeitnehmer in den Betrieben im Wahlgang III gewählt.

Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl in getrennten Wahlgängen und nach Wahlkreisen. Wahlkreis für die Mitglieder des Wahlganges I ist der jeweilige Landkreis, einschließlich der mit ihm überwiegend räumlich verbundenen kreisfreien Stadt, für die Wahlgänge II und III der Regierungsbezirk.

Die 64 Gewählten wählen nach den Grundsätzen der relativen Mehrheitswahl 16 Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen zu.

Wahlberechtigter Personenkreis

Wahlberechtigt ist

in Wahlgang I, wer als Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter einen Betrieb oder Betriebsgrundstücke seit mehr als drei Monaten ununterbrochen in Rheinland-Pfalz unmittelbar besitzt,

in Wahlgang II, wer als voll mitarbeitender Familienangehöriger des Betriebsinhabers seinen ständigen landwirtschaftlichen Arbeitsplatz seit mehr als drei Monaten ununterbrochen in Rheinland-Pfalz hat,

in Wahlgang III, wer als ständig hauptberuflich tätiger Arbeitnehmer seinen ständigen landwirtschaftlichen Arbeitsplatz seit mehr als drei Monaten ununterbrochen in Rheinland-Pfalz hat und die Voraussetzungen für die Wahl zum Landtag Rheinland-Pfalz erfüllt.

Nach § 2 des Landeswahlgesetzes in der derzeit geltenden Fassung sind zum Landtag wahlberechtigt alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten ihren dauernden Wohnsitz im Lande Rheinland-Pfalz haben.

Die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind für die Wahl zur Landwirtschaftskammer deutschen Staatsan-

gehörigen gleichgestellt. Das gleiche gilt für Staatsangehörige der Vertragsstaaten des europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (BGBl. 1959 II S. 997), soweit es in den Vertragsstaaten in Kraft getreten ist. Voraussetzung ist, daß sie in der Bundesrepublik Deutschland mindestens fünf Jahre vor der Wahl in der Landwirtschaft tätig waren.

Das Wahlrecht steht auch einer juristischen Person, einer Personengemeinschaft, einschließlich der Bruchteilsgemeinschaft oder einem Betriebsinhaber, der geschäftsunfähig oder in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, zu. Es kann nur von dem gesetzlichen Vertreter oder dem Bevollmächtigten ausgeübt werden, der die Voraussetzungen für die Wahl zum Landtag Rheinland-Pfalz erfüllt.

Ablauf der Wahl

Die formelle Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist, wie bei allen übrigen Wahlen, die Eintragung in ein Wählerverzeichnis.

Die Gemeindeverwaltung legt gemäß § 13 WO-LwKG getrennt für jeden Wahlgang ein Wählerverzeichnis an. Da in jedem Wahlkreis zu jedem Wahlgang nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde, entfiel die Aufstellung von Wählerverzeichnissen. Damit kamen die bei den letzten Landwirtschaftskammerwahlen beobachteten Schwierigkeiten bei der Registrierung der Wahlberechtigten nicht zum Tragen. Die Wahlberechtigung hätte nur durch tatsächliche Nachforschungen in den einzelnen Gemeinden ermittelt werden können. Eine Novellierung der rechtlichen Bestimmungen, wonach beispielsweise für den Wahlgang I die Unterlagen zur Kammerbeitragsfestsetzung zu Hilfe genommen werden können und die Eintragung für die Wahlgänge II und III nur auf Antrag vorgenommen wird, würde das Verfahren erheblich erleichtern und wird von der Praxis nachdrücklich gefordert.

Die Wahl erfolgt in getrennten Wahlgängen und nach Wahlkreisen. Für den Wahlgang I ist jeder Landkreis, einschließlich der mit ihm überwiegend räumlich verbundenen kreisfreien Stadt der Wahlkreis. Die Zahl der in den Wahlkreisen zu wählenden Vertreter der Betriebsinhaber ist auf der Grundlage des amtlichen Ergebnisses der letzten Erhebung über den Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche, gegliedert nach

Kreisen und Nutzungsarten vom Hauptwahlleiter zu ermitteln.

Wahlleiter ist der Landrat des jeweiligen Landkreises. Für die Wahlgänge II und III bildet jeder Regierungsbezirk einen Wahlkreis. Wahlleiter ist der Regierungspräsident des jeweiligen Regierungsbezirks.

Die Zahl der in den Wahlkreisen zu wählenden Vertreter der voll mitarbeitenden Familienangehörigen und ständig hauptberuflich tätigen Arbeitnehmer in den Betrieben ist auf der Grundlage des amtlichen Ergebnisses der letzten Zählung der ständig beschäftigten Arbeitskräfte in den haupt- und nebenberuflichen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft vom Hauptwahlleiter zu ermitteln.

Wählbar ist nur, wer wahlberechtigt und im Wahlkreis ansässig ist.

Die Wahlvorschläge dürfen höchstens doppelt so viele Bewerber enthalten, wie Vollversammlungsmitglieder und Stellvertreter im Wahlkreis zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 20 Wahlberechtigten des Wahlkreises unterschrieben sein. Bei Vorschlägen der Organisationen des Berufsstandes genügt die Unterschrift des Vorsitzenden, wenn die vorgeschlagenen Bewerber in einer Versammlung der Mitglieder der Organisationen oder ihrer satzungsmäßigen Delegierten im Wahlkreis in geheimer Abstimmung ermittelt wurden und in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen im Wahlvorschlag aufgeführt sind.

Die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl findet nur statt, wenn in einem Wahlkreis zwei oder mehr Wahlvorschläge zugelassen wurden. Da in allen Wahlkreisen zu jeder Wahl nur ein Wahlvorschlag eingereicht wurde, galten die darin vorgeschlagenen Bewerber als gewählt.

Die gewählten Bewerber und ihre Stellvertreter hat der Hauptwahlleiter im Staatsanzeiger vom 11. Oktober 1993 bekanntgemacht.

Die Zuwahl der 16 Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen und besonderer Fachrichtungen erfolgt gemäß § 28 Abs. 1 WO-LwKG in der ersten Vollversammlung.

Dr. Manfred Unglaub

Ausgaben für das Bildungswesen

Zum Bildungswesen gehören die Bereiche vorschulische Bildung, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen. Sie werden ergänzt durch die Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen, wozu z. B. die Ausbildungsförderung, die Studentenwohnraumförderung, die Schülerbeförderung und die Volkshochschulen zählen. Nicht einbezogen werden die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, soweit sie außerhalb von

Hochschulen anfallen, und die Ausgaben für Theater, Musikpflege und Museen.

Träger der Bildungseinrichtungen sind das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie freie Träger. Nachgewiesen werden die unmittelbaren Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Darin enthalten sind die Zuschüsse an die freien Träger, deren eigene Aufwendungen werden dagegen nicht berücksichtigt.

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau beteiligt sich der Bund am Neu- und Ausbau von Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken. Die Mittel fließen als Zuweisungen an das Land und werden dort den jeweiligen Zwecken entsprechend eingesetzt. Die Beträge sind in den unmittelbaren Ausgaben des Landes enthalten. Das gleiche gilt für die Bundesmittel und die Mittel, die von Dritten für wissenschaftliche Zwecke und für spezielle Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden.

Steigende Ausgaben für das Bildungswesen

Im Jahre 1990 gaben die Körperschaften für das Bildungswesen insgesamt 4,8 Mrd. DM aus, das entsprach 22,1 % ihrer unmittelbaren Ausgaben. Gegenüber 1980, als 3,5 Mrd. DM aufgewandt wurden, sind die hierfür eingesetzten Mittel um 37 % gestiegen. Der Zuwachs war damit etwas niedriger als bei den Ausgaben insgesamt, so daß der Anteil sich um 0,5 Prozentpunkte verringerte.

Das eher verhaltene Wachstum der Bildungsausgaben wurde von der Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen an rheinland-pfälzischen Schulen und Hochschulen beeinflußt. Seit 1980 ist die Zahl der Schüler gesunken, während die Zahl der Studenten stark gestiegen ist. Die allgemeinbildenden Schulen verzeichneten einen Rückgang von 25 %, bei den berufsbildenden Schulen ist er mit 26 % noch etwas stärker. An den Hochschulen sind 72 % mehr Studenten eingeschrieben. Den größten Zustrom registrierten die Fachhochschulen, die damit die Universitäten zum Teil entlasten.

Als Folge der Entwicklung bei den Schülern und Studenten hat sich die Zahl der Beschäftigten im Bildungsbereich verändert. Dem Rückgang bei den Schulen von 7 % steht ein Zugang bei den Hochschulen von 36 %

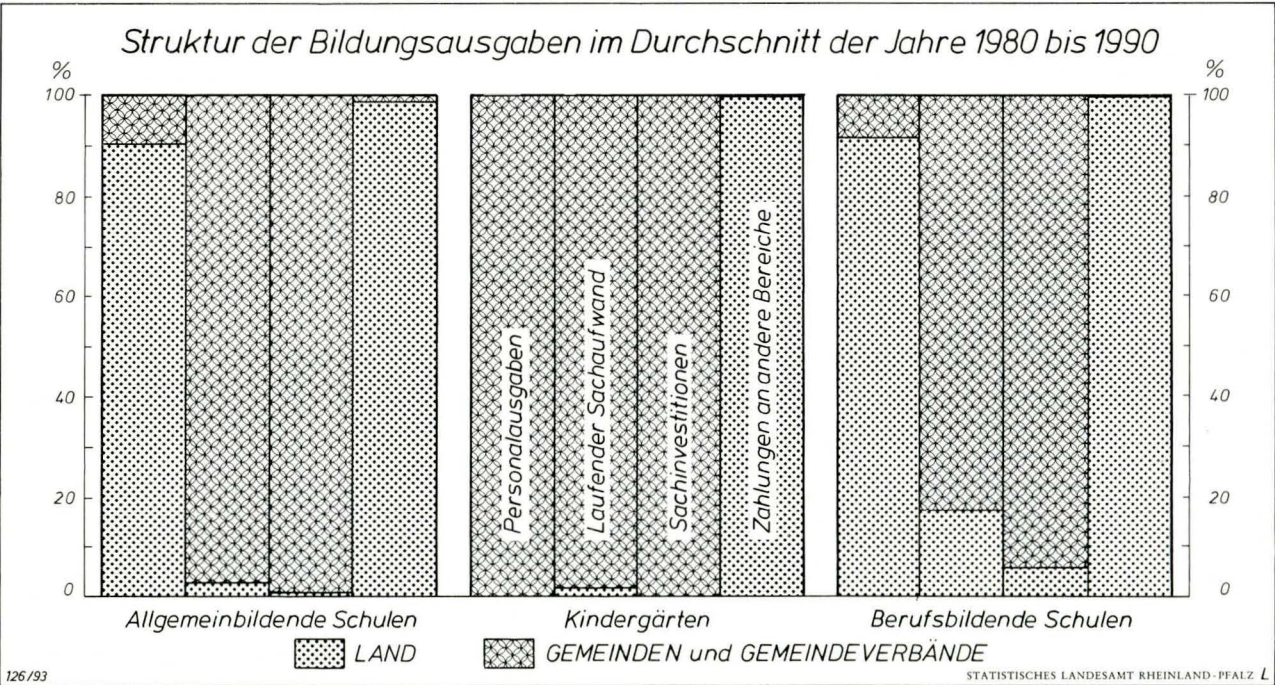
Unmittelbare Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt und Gemeindeverbände insgesamt sowie für das Bildungswesen 1980 bis 1990

Jahr	Insgesamt		Darunter für das Bildungswesen		
	Mill. DM	1980=100	Mill. DM	1980=100	Anteil in %
1980	15 515,0	100,0	3 500,7	100,0	22,6
1981	16 546,6	106,6	3 727,2	106,5	22,5
1982	16 796,9	108,3	3 827,8	109,3	22,8
1983	16 946,1	109,2	3 797,9	108,5	22,4
1984	17 203,2	110,9	3 861,0	110,3	22,4
1985	17 919,4	115,5	4 004,5	114,4	22,3
1986	18 760,6	120,9	4 159,7	118,8	22,2
1987	19 367,8	124,8	4 243,7	121,2	21,9
1988	19 468,0	125,5	4 368,7	124,8	22,4
1989	20 266,1	130,6	4 474,2	127,8	22,1
1990	21 747,0	140,2	4 799,4	137,1	22,1

gegenüber. Die Personalausgaben (+ 42 %) und der laufende Sachaufwand (+ 54 %) erhöhten sich überdurchschnittlich. Einschränkungen waren bei den Sachinvestitionen und den Zahlungen an andere Bereiche möglich, die unterdurchschnittlich um 15 % bzw. 21 % gewachsen sind.

Grund- und Hauptschulen erhalten die meisten Mittel

In den Jahren 1980 bis 1990 gaben Land, Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bildungssektor 44,8 Mrd. DM aus. Davon entfielen 72 % auf die Schulen und die vorschulische Bildung sowie 18 % auf die Hochschulen. Die Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen beanspruchten 10 % der Mittel. Die Zusammenfassung der Daten über einen längeren Betrachtungszeitraum schaltet eventuelle Zufallsschwankungen einzelner Positionen soweit wie möglich aus.



Im Bereich Schulen und vorschulische Bildung beanspruchten die allgemeinbildenden Schulen den größten Teil der Ausgaben, während für die berufsbildenden Schulen und die Kindergärten deutlich weniger aufgewandt wurde. Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen dominierten die Ausgaben für Grund- und Hauptschulen, gefolgt von den Gymnasien. Für die Realschulen ist geringfügig mehr ausgegeben worden als für die Sonderschulen, der geringste Betrag entfällt auf die Gesamtschulen. Die Ausgaben je Schüler lassen sich nicht zutreffend ermitteln, weil die Abgrenzung der Schularten in der Schulstatistik von der Zuordnung in der Finanzstatistik abweicht. Dies ist vor allem durch die Vorschriften zur kommunalen Haushaltssystematik bedingt und betrifft hauptsächlich den Bereich der Gesamtschulen.

Bei den Hochschulen wird für die Universitäten am meisten ausgegeben. Die Hochschulkliniken und die Fachhochschulen folgen mit großem Abstand.

Drei Fünftel der Bildungsausgaben entfielen auf Personalkosten

Eine Differenzierung der Aufwendungen für das Bildungswesen nach Ausgabearten zeigt, daß mit 22,2 Mrd. DM allein drei Fünftel der gesamten Ausga-

ben dieses Aufgabenbereichs für das Personal aufgewandt wurden. Der hohe Anteil erklärt sich damit, daß der Bildungsbereich sehr personalintensiv ist. Darüber hinaus hat ein Großteil der hier Beschäftigten eine abgeschlossene Hochschulausbildung und ein entsprechendes Gehaltsniveau.

Ein Anteil von 15 % der gesamten Bildungsausgaben entfiel auf den laufenden Sachaufwand. Diese Position umfaßt die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, die Bewirtschaftung der Grundstücke sowie die Zahlung von Mieten und Pachten. Die Sachinvestitionen erreichten 11 % der gesamten Ausgaben, wobei die Baumaßnahmen mit einer Quote von 9 % gegenüber dem Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen des Anlagevermögens dominierten.

Die Zusammenfassung von Personalausgaben und laufendem Sachaufwand zeigt, daß Land, Gemeinden und Gemeindeverbände drei Viertel aller im Bildungssektor eingesetzten Finanzmittel für den laufenden Betrieb der eigenen Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen usw. ausgeben müssen. Die Sachinvestitionen spielen dagegen eine geringere Rolle. Das Kindertagesstättengesetz vom 15. März 1991 wird allerdings einen zusätzlichen Investitionsbedarf auslösen, damit der Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind erfüllt werden kann.

Unmittelbare Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Bildungswesen
1980 bis 1990 nach Ausgabearten und Aufgabengebieten

Aufgabengebiet	Ins- gesamt	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Sachinvestitionen				Zahlungen an andere Bereiche
				zu- sammen	Baumaß- nahmen	Erwerb von unbeweg- lichen Sachen	Erwerb von beweg- lichen Sachen	
	Mill. DM							
Unterrichtsverwaltung, Schulen und vorschulische Bildung	32 013,2	22 535,6	3 355,6	3 239,6	2 792,7	79,1	367,9	2 882,4
Allgemeinbildende Schulen	24 081,5	17 263,8	2 555,4	2 511,9	2 228,7	62,3	220,9	1 750,4
Grund- und Hauptschulen	12 246,1	9 289,5	1 475,9	1 310,8	1 180,6	39,6	90,7	169,8
Sonderschulen	2 229,1	1 384,7	207,7	193,6	160,2	8,2	25,2	443,1
Realschulen	2 384,8	1 859,8	200,9	168,3	149,0	0,6	18,7	155,8
Gymnasien	6 343,8	4 558,1	439,8	372,6	322,5	3,7	46,4	973,2
Gesamtschulen	877,8	171,6	231,1	466,5	416,4	10,1	40,0	8,5
Kindergärten	2 097,5	1 039,8	167,2	202,1	182,8	6,3	13,0	688,4
Berufsbildende Schulen	4 467,7	3 225,0	396,2	489,1	365,9	9,5	113,8	357,3
Berufliche Schulen	4 087,2	2 946,9	332,9	451,3	347,9	9,5	94,0	356,1
Fachschulen	380,5	278,1	63,3	37,8	18,0	–	19,8	1,2
Hochschulen	8 111,6	4 264,4	1 155,0	1 677,2	1 031,9	13,2	632,1	1 015,0
Universitäten (einschl. pädagogische Hochschulen)	5 426,2	3 502,5	913,9	1 008,5	674,1	4,5	329,9	1,3
Hochschulkliniken	1 322,8	–	2,2	341,0	245,7	–	95,3	979,6
Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen)	1 056,0	732,1	119,1	173,9	91,9	8,6	73,4	31,0
Sonstige Hochschulen	306,5	29,8	119,8	153,8	20,2	–	133,6	3,1
Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen	4 640,0	397,3	2 060,9	103,7	67,5	0,6	35,6	2 078,1
Schülerbeförderung	1 443,3	2,0	1 440,1	1,2	0,9	–	0,2	–
Volkshochschulen	376,4	128,3	89,6	28,3	23,5	–	4,8	130,2
Insgesamt	44 764,8	27 197,3	6 571,5	5 020,5	3 892,1	92,9	1 035,6	5 975,5

Land und Kommunen unterstützen übrige Bildungsträger

Land und Kommunen zahlten in den Jahren 1980 bis 1990 rund 6 Mrd. DM an die sogenannten anderen Bereiche, das sind 13 % der Ausgaben für das Bildungswesen. Hier handelt es sich um nichtöffentliche Empfänger, die in privater, freigemeinnütziger oder konfessioneller Trägerschaft Kindergärten, Schulen, Hochschulen und sonstige Bildungseinrichtungen betreiben. Diese erhalten von der öffentlichen Hand Zuschüsse für laufende Zwecke und für Investitionen, Schuldendiensthilfen und Darlehen, weil sie Aufgaben im Bildungswesen wahrnehmen, die andernfalls der Staat übernehmen müßte.

Schwerpunkte sind bei den allgemeinbildenden Schulen die Gymnasien und die Sonderschulen, die 973 Mill. DM bzw. 443 Mill. DM erhielten. Damit flossen hier 15 % bzw. 20 % der Mittel an andere Bereiche, was ein Beleg dafür ist, daß diese beiden Schultypen relativ häufig von freien Trägern geführt werden. Auch bei den Realschulen spielen sie eine gewisse Rolle, während sie bei den Gesamtschulen sowie den Grund- und Hauptschulen von geringerer Bedeutung sind.

Sehr stark sind die freien Träger im Bereich der Kindergärten engagiert, die mit 688 Mill. DM von Land und Kommunen unterstützt wurden. Jede dritte für Kindergärten ausgegebene Mark wurde damit an private, freigemeinnützige oder konfessionelle Träger überwiesen.

Eine Besonderheit ist das Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Es wurde 1978 aus dem Landeshaushalt ausgegliedert und wird seither finanzwirtschaftlich als Landesbetrieb verwaltet und nachgewiesen. Die Einnahmen und Ausgaben, mit Ausnahme der Investitionen, werden deshalb nicht mehr im Landeshaushalt dargestellt. Die Zuschüsse des Landes an die Hochschulklinik werden als Zahlungen an andere Bereiche erfaßt. Von 1980 bis 1990 waren dies

980 Mill. DM und damit deutlich mehr als die Investitionen in Höhe von 341 Mill. DM. Darüber hinaus dienen die Ausgaben der Klinik nur zu einem Teil dem Bildungswesen, zum anderen Teil müssen sie der Krankenversorgung zugerechnet werden. Eine Trennung ist in der Finanzstatistik nicht möglich.

Land trägt drei Viertel der Bildungsausgaben

Drei Viertel der Bildungsausgaben wurden vom Land geleistet, ein Viertel entfiel auf die Kommunen. Die Struktur in den einzelnen Bildungsbereichen zeigt zum Teil größere Abweichungen vom Durchschnitt. Die Finanzierung der Hochschulen trägt allein das Land, das unterstützt wird vom Bund. An den Kosten der Kindergärten ist das Land mit einem Drittel beteiligt, und zwar überwiegend in Form von Zuschüssen an andere Träger.

Für die Schulen bestimmt das rheinland-pfälzische Schulgesetz, daß das Land die Kosten für die Lehrer sowie die pädagogischen und technischen Fachkräfte übernimmt, während die kommunalen Schulträger das Verwaltungs- und Hilfspersonal sowie den Sachbedarf der Schulen bereitstellen und die damit verbundenen Kosten tragen. Das bedeutet, daß die Investitionsausgaben für Schulgebäude und Einrichtungsgegenstände sowie deren Bewirtschaftung und laufende Unterhaltung ebenso wie der übrige laufende Sachaufwand von den kommunalen Schulträgern aufzubringen sind. Allerdings übernimmt das Land einen Teil der Finanzlast, indem es Investitionszuweisungen für Schulbauten auch an die kommunalen Träger leistet. Das Land zahlt über 90 % der Personalausgaben der Schulen. Am laufenden Sachaufwand und den Sachinvestitionen ist es bei den berufsbildenden Schulen deutlich stärker beteiligt als bei den allgemeinbildenden Schulen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Ausländische Bevölkerung 1992

Die Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz nahm im Jahre 1992 um insgesamt 59 730 Personen oder 1,6 % auf 3 880 965 Menschen zu. Gut die Hälfte dieser Zunahme entfiel auf die ausländischen Mitbürger. Gleichzeitig wurde ein Höchststand an Einbürgerungen erreicht, was prinzipiell zu einer Bestandsverminderung beim ausländischen und zu einer Bestandserhöhung beim deutschen Bevölkerungsteil führt.

Für die Untersuchungen müssen Daten aus unterschiedlichen Quellen herangezogen werden. So basieren Bevölkerungszahlen auf der amtlichen Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung 1987 anhand von Geburten, Sterbefällen, Zu- und Fortzügen. Die Ausländerzahlen werden durch Auszählungen des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters ermittelt, während die Einbürgerungen mit Hilfe von Zählkarten, die die Einbürgerungsbehörden (Bezirksregierungen und Landkreise) erstellen, festgestellt

werden. Diese unterschiedlichen Datenquellen können im Einzelfall dazu führen, daß die Ergebnisse nicht immer voll vergleichbar sind. Die wesentlichen Aussagen werden davon allerdings nicht berührt.

Ausländeranteil mit 6,7 % weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt

Am Jahresende 1992 belief sich die Zahl der ausländischen Mitbürger in Rheinland-Pfalz auf 258 888 Personen. Das waren 30 458 oder 13,3 % mehr als ein Jahr zuvor. Gemessen an der Bevölkerung, die nur um 1,6 % zunahm, ergab sich ein Ausländeranteil von 6,7 %. Im Dezember 1991 lag er noch bei 6 %. Der Bundesdurchschnitt war 1992 mit 8 % deutlich höher.

Ein Vergleich mit den anderen Bundesländern macht wesentliche Abweichungen sichtbar. Den höchsten

Ausländer nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Bestand				Veränderung 1992 zu 1991	
	31.12.1992		31.12.1991		absolut	%
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Europa	206 350	79,7	182 788	80,0	23 562	12,9
EG-Staaten	63 863	24,7	62 096	27,2	1 767	2,8
Frankreich	8 666	3,3	8 467	3,7	199	2,4
Griechenland	8 321	3,2	7 966	3,5	355	4,5
Italien	26 676	10,3	26 349	11,5	327	1,2
Portugal	4 920	1,9	4 511	2,0	409	9,1
Spanien	4 118	1,6	4 115	1,8	3	0,1
Übriges Europa	142 487	55,0	120 692	52,8	21 795	18,1
Ehem. Jugoslawien	36 809	14,2	25 422	11,1	11 387	44,8
Österreich	5 454	2,1	5 429	2,4	25	0,5
Polen	11 864	4,6	11 453	5,0	411	3,6
Rumänien	5 780	2,2	3 846	1,7	1 934	50,3
Türkei	67 966	26,3	63 881	28,0	4 085	6,4
Afrika	13 671	5,3	10 734	4,7	2 937	27,4
Algerien	1 765	0,7	1 194	0,5	571	47,8
Marokko	2 519	1,0	2 259	1,0	260	11,5
Nigeria	1 657	0,6	1 091	0,5	566	51,9
Tunesien	1 508	0,6	1 415	0,6	93	6,6
Amerika	11 025	4,3	10 224	4,5	801	7,8
Vereinigte Staaten	8 186	3,2	7 580	3,3	606	8,0
Asien	25 407	9,8	22 495	9,8	2 912	12,9
Afghanistan	1 143	0,4	994	0,4	149	15,0
Indien	1 104	0,4	1 107	0,5	-3	-0,3
Iran	3 971	1,5	3 894	1,7	77	2,0
Libanon	2 550	1,0	2 436	1,1	114	4,7
Pakistan	1 781	0,7	1 641	0,7	140	8,5
Philippinen	1 299	0,5	1 224	0,5	75	6,1
Sri Lanka	1 127	0,4	1 031	0,5	96	9,3
Syrien	1 191	0,5	1 098	0,5	93	8,5
Thailand	1 237	0,5	1 086	0,5	151	13,9
Vietnam	5 123	2,0	3 726	1,6	1 397	37,5
Australien/Ozeanien	269	0,1	272	0,1	-3	-1,1
Staatenlos/Ungeklärt	2 166	0,8	1 917	0,8	249	13,0
Insgesamt	258 888	100	228 430	100	30 458	13,3

Ausländeranteil mit jeweils über 10 % weisen die Stadtstaaten und die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg auf. An der Spitze steht Hamburg mit 13,9 %, gefolgt von Hessen mit 12,6 % und Baden-Württemberg mit 11,7 %. Auf den nächsten Rängen stehen Berlin und Bremen (jeweils 11 %) sowie Nordrhein-Westfalen mit 10,3 %. Einen geringeren Ausländeranteil als Rheinland-Pfalz haben von den alten Bundesländern das Saarland (6,3 %), Niedersachsen (5,6 %) und Schleswig-Holstein (4,7 %). Die Prozentsätze der neuen Bundesländer liegen durchweg weit unter denen der alten. Sie variieren zwischen 2,1 % in Brandenburg und 0,8 % in Thüringen. So lebten Ende 1992 gerade gut 182 000 oder knapp 3 % der in Deutschland wohnenden fast 6,5 Millionen ausländischen Mitbürger in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost).

Die Entwicklung der Ausländerzahlen zeigt in den letzten Jahren einen wesentlich schnelleren Anstieg als früher. Zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 nahm die Zahl der ausländischen Bevölkerung von rund 81 300 auf 152 400 zu, eine Steigerung um knapp 88 %. In den fünf Jahren seit 1987 stieg die Ausländerzahl um über 106 000 oder fast 70 % an. Die höchste Steigerungsrate innerhalb dieses Zeitraums wurde 1992 verzeichnet.

Fast 80 % der Ausländer stammen aus europäischen Ländern

Von den 258 900 ausländischen Mitbürgern, die Ende 1992 in unserem Land lebten, stammen knapp 80 % oder 206 350 Personen aus europäischen Ländern. Von diesen besaßen nicht ganz ein Drittel die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft. An erster Stelle standen italienische Staatsbürger mit fast 26 700, gefolgt von Franzosen (8 666) und Griechen (8 321). Gut zwei Drittel der aus Europa stammenden Ausländer kamen aus Nicht-EG-Staaten. Von diesen 142 500 Personen kam die weit überwiegende Zahl (knapp 48 %) aus der Türkei, die seit langem die größte Gruppe der Nichtdeutschen stellt. An zweiter Stelle bei den nicht aus EG-Ländern stammenden Ausländern standen mit 36 800 Bürgern die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von polnischen Staatsbürgern (rund 11 900).

Die 52 500 Ausländer, die aus nicht-europäischen Ländern stammen, hatten fast zur Hälfte (48,4 %) die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Staates. Von diesen 25 400 Mitbürgern waren rund ein Fünftel Vietnamesen, fast 4 000 stammten aus dem Iran. Aus afrikanischen Ländern sind knapp 13 700 Menschen nach Rheinland-Pfalz gekommen. Gut 18 % von ihnen sind marokkanische Staatsbürger. Aus Ländern des amerikanischen Kontinents stammten Ende 1992 11 000 Menschen, zu rund drei Viertel US-Amerikaner.

Die Gesamtzunahme der Ausländerzahl gegenüber 1991 von 13,3 % wurde von einigen Nationalitäten weit überschritten. So nahm die Zahl der aus Nigeria und Rumänien kommenden Menschen im genannten Zeitraum um mehr als 50 % zu. Es folgten Algerier mit einer zahlenmäßigen Zunahme um fast 48 %. Durch den andauernden Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien bedingt stieg auch die Zahl der aus dieser Region stammenden Menschen mit fast 45 % weit überdurchschnittlich an. Dagegen wiesen die Zahlen der aus den früheren Gastarbeiterländern kommenden Staatsbürger weit unter dem Landesdurchschnitt liegende Steigerungsraten auf. So lag die Zahl der portugiesischen Bevölkerung Ende 1992 um 9,1 %, die der türkischen um 6,4 % und die der griechischen um 4,5 % höher als ein Jahr zuvor. Der italienische Bevölkerungsteil nahm im Untersuchungszeitraum gerade noch um 1,2 % zu, die Zahl der Spanier blieb unverändert.

Ausländische Bevölkerung ist im Durchschnitt jünger

Die Altersgliederung des ausländischen Bevölkerungsteils weicht seit Jahren erwartungsgemäß vom Altersaufbau der Gesamtbevölkerung ab, da der Grund für ihr Hiersein häufig der Wunsch nach einem Arbeitsplatz ist. Dadurch ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter überdurchschnittlich vertreten.

Ende 1992 waren 71 % der ausländischen Mitbürger im Alter zwischen 18 und 60 Jahren. Bei der Gesamtbevölkerung lag dieser Anteil mit 59,3 % wesentlich niedriger. Gegenüber der Volkszählung 1987 ist der Anteil dieser Altersgruppe bei den Ausländern um rund vier Prozentpunkte gestiegen, während er bei der

Gesamtbevölkerung geringfügig zurückgegangen ist. Der Anteil der unter 18jährigen lag beim ausländischen Bevölkerungsteil am Jahresende 1992 mit 23,8 % über dem vergleichbaren Prozentsatz bei der Gesamtbevölkerung, wo nur 19,1 % zu dieser Altersgruppe gehörten. Seit der Volkszählung 1987 ist der Anteil der unter 18jährigen bei den Ausländern allerdings um fast vier Prozentpunkte zurückgegangen, in der Gesamtbevölkerung aber um etwa einen halben Punkt gestiegen. Den größten Unterschied zwischen gesamter und ausländischer Bevölkerung gab es sowohl 1987 als auch im Berichtsjahr bei den Menschen im Alter von 60 und mehr Jahren. Während bei der Gesamtbevölkerung gut jeder Fünfte (21,5 %) zu dieser Altersgruppe gehörte, zählte bei den ausländischen Mitbürgern nur knapp jeder Zwanzigste zur älteren Bevölkerung. Betrachtet man die über 75jährigen, dann gehörten 6,7 % der Gesamtbevölkerung, aber noch nicht einmal ganz ein Prozent der ausländischen Mitbürger zur Gruppe der Hochbetagten.

Die Geschlechterproportion der nichtdeutschen Bevölkerung weicht aus den genannten Gründen und wegen des unterschiedlichen Altersaufbaus von der Gesamtbevölkerung ab. Der Anteil der Frauen belief sich 1992 bei den Ausländern auf 42,2 %, bei der Gesamtbevölkerung dagegen hatten die Frauen mit 51,2 % die Mehrheit. Bei der Zählung 1987 lagen die Anteile mit 44,4 bzw. 51,9 % noch etwas höher.

Gewisse Abweichungen gibt es auch beim Familienstand. So waren 1992 rund 46 % der hier lebenden Ausländer verheiratet, was aber nicht bedeuten muß, daß der Ehepartner ebenfalls hier lebt. Bei der Gesamtbevölkerung, die Daten stammen allerdings aus dem Jahre 1991, liegt der Anteil der Verheirateten bei über 50 %. Zieht man zum Vergleich nur die Frauen heran, dann liegt der Verheiratetenanteil bei der ausländischen Bevölkerung mit gut 53 % deutlich höher als bei der Gesamtbevölkerung (knapp 49 %).

Knapp ein Viertel leben seit über 20 Jahren in Deutschland

Die Auswertungen des Ausländerzentralregisters geben auch einen Hinweis darauf, wie lange sich die in unserem Land lebenden Ausländer bereits in Deutschland aufhalten. Aus der Aufenthaltsdauer kann sicher nicht ohne weiteres auf den Grad der Integration geschlossen werden, sie ist allerdings ein Anhaltspunkt dafür, in welchem Umfang der Aufenthalt von Ausländern zu einem langjährigen Verbleib geführt hat.

Am Jahresende 1992 lebten fast 59 600 ausländische Mitbürger, das sind 23 % der Gesamtheit, seit über 20 Jahren in Deutschland. Weniger als ein Jahr Aufenthalt in der Bundesrepublik wiesen knapp 30 400 oder 11,7 % der rheinland-pfälzischen Ausländer auf. Zwischen einem und vier Jahren hielten sich 24,6 % oder 63 700 Personen in Deutschland auf. Eine Aufenthaltsdauer zwischen 4 und 10 Jahren hatten 16,2 %, zwischen 10 und 15 Jahren 12,5 % und 15 bis 20 Jahre lebten 12 % der ausländischen Mitbürger im Bundesgebiet. Ein Vergleich dieser Ergebnisse mit den Daten des Jahres 1989 machen den starken Zustrom an nichtdeutscher Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich. So stieg die Zahl der Personen mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als einem Jahr von gut 16 100 (1989) um über 88 % auf nunmehr über 30 400. Bei den Ausländern mit einem Aufenthalt zwischen einem und vier Jahren hat sich die Zahl im genannten Zeitraum sogar mehr als verdoppelt (+ 108,4 %).

Die Aufenthaltsdauer ist erwartungsgemäß bei den einzelnen Nationalitäten sehr unterschiedlich. So ist der Anteil der Menschen mit einer Aufenthaltsdauer von 20 Jahren und mehr bei Bürgern aus EG-Staaten und bei Österreichern und Schweizern besonders hoch. Beispielsweise sind knapp 62 % der Spanier, rund 55 % der Österreicher und Schweizer sowie fast 43 % der Italiener seit über 20 Jahren in Deutschland. Dagegen sind

Ausländer und Bevölkerung insgesamt am 31. Dezember 1992 nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand

Altersgruppe in Jahren	Ausländer insgesamt		weiblich		dagegen			
					Bevölkerung insgesamt ¹⁾		weiblich ¹⁾	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	258 888	100	109 347	42,2	3 880 965	100	1 988 040	51,2
unter 6	21 740	8,4	9 956	45,8	263 756	6,8	129 034	48,9
6 bis unter 15	29 092	11,2	13 532	46,5	365 395	9,4	177 771	48,7
15 bis unter 18	10 886	4,2	4 949	45,5	112 995	2,9	54 735	48,4
18 bis unter 21	14 121	5,5	6 513	46,1	124 550	3,2	61 031	49,0
21 bis unter 30	59 085	22,8	24 329	41,2	565 157	14,6	270 802	47,9
30 bis unter 45	71 938	27,8	30 037	41,8	882 027	22,7	425 505	48,2
45 bis unter 60	38 473	14,9	14 320	37,2	729 932	18,8	358 960	49,2
60 bis unter 65	5 350	2,1	2 027	37,9	217 808	5,6	111 135	51,0
65 bis unter 75	5 775	2,2	2 435	42,2	358 823	9,2	217 331	60,6
75 und mehr	2 428	0,9	1 249	51,4	260 522	6,7	181 736	69,8
darunter verheiratet	118 753	100	58 037	48,9	1 923 088	100	958 530	49,8
unter 18	282	0,2	240	85,1	352	0,0	340	96,6
18 bis unter 45	77 216	65,0	41 416	53,6	861 997	44,8	462 803	53,7
45 bis unter 65	35 528	29,9	14 131	39,8	766 963	39,9	365 535	47,7
65 und mehr	5 727	4,8	2 250	39,3	293 776	15,3	129 852	44,2

1) Bevölkerung nach Familienstand vom 31. Dezember 1991 – Ergebnis vom 31. Dezember 1991.

rumänische Staatsbürger zu über 93 %, algerische zu 80 % in den letzten vier Jahren in die Bundesrepublik gekommen. Durch die bürgerkriegsbedingte Flüchtlingswelle aus dem ehemaligen Jugoslawien liegt der Anteil der Personen dieser Nationalitäten mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als vier Jahren mit fast 53 % weit über dem Gesamtdurchschnitt. Allerdings ist bei dieser Bevölkerungsgruppe auch der Anteil der Menschen mit über 20jähriger Aufenthaltsdauer sehr hoch und entspricht mit 23,5 % fast dem Durchschnitt.

Höchster Ausländeranteil in der Stadt Ludwigshafen

Die in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer verteilen sich sehr unterschiedlich auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Der durchschnittliche Ausländeranteil in den kreisfreien Städten ist mit 10,6 % exakt doppelt so hoch wie in den Landkreisen. Den höchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung hat mit 17,9 % die Stadt Ludwigshafen, gefolgt von der Landeshauptstadt Mainz mit 15,4 %. Ebenfalls einen zweistelligen Ausländeranteil unter den kreisfreien Städten haben Frankenthal und Speyer mit 11,4 bzw. 10,7 %. Prozentual die wenigsten Ausländer leben in den Städten Zweibrücken (4,8 %) und Pirmasens (5,4 %). Unter den Landkreisen

steht Mainz-Bingen mit einem Anteil an ausländischer Bevölkerung in Höhe von 11,9 % bei weitem an der Spitze. Mit 8,8 % folgt der Landkreis Germersheim. Mit größerem Abstand auf den nächsten Rängen liegen der Westerwaldkreis mit 6,4 % sowie die Landkreise Alzey-Rheinland-Pfalz mit 6,2 und 6 % Ausländeranteil. Die Kreise mit dem geringsten Anteil an ausländischen Mitbürgern sind Cochem-Zell (2,6 %) und Pirmasens (2,5 %).

Deutlich unterschiedlich fielen die Veränderungsraten zwischen 1992 und 1991 in den verschiedenen Verwaltungsbezirken aus. Die höchste Zunahme mit über 25 % hatte der Landkreis Mainz-Bingen. Auch in der Stadt Pirmasens lag die Zuwachsrate mit 20,4 % weit über dem Durchschnittswert von 13,3 %. Annähernd 20 % Zunahme verzeichneten die Kreise Bernkastel-Wittlich und Daun, die aber weiterhin einen mit 3,5 bzw. 2,8 % verhältnismäßig niedrigen Anteil an ausländischer Bevölkerung haben.

Zahl der Einbürgerungen auf fast 17 700 gestiegen

Bei den Einbürgerungen werden nach den gesetzlichen Regelungen zwei Kategorien unterschieden, näm-

Ausländer am 31. Dezember 1992 nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	davon Aufenthaltsdauer von ... Jahren					
		unter 1	1 - 4	4 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr
	Anzahl	%					
Europa	206 350	11,7	21,1	14,0	13,0	13,7	26,5
EG-Staaten	63 863	5,0	13,6	14,9	12,3	14,1	40,1
Frankreich	8 666	6,0	15,2	18,2	14,2	11,6	34,9
Griechenland	8 321	5,1	17,7	14,2	8,7	11,6	42,9
Italien	26 676	2,8	9,8	14,5	14,3	14,9	43,7
Portugal	4 920	9,8	19,6	9,2	7,9	24,6	29,0
Spanien	4 118	3,3	6,5	7,2	7,4	13,7	61,8
Übriges Europa	142 487	14,7	24,5	13,5	13,3	13,5	20,4
Ehem. Jugoslawien	36 809	24,5	28,2	7,3	6,5	10,0	23,5
Österreich	5 454	2,4	9,0	11,7	10,7	11,7	54,5
Polen	11 864	17,1	37,3	25,4	7,1	1,1	12,0
Rumänien	5 780	43,2	49,9	4,5	1,2	0,5	0,7
Türkei	67 966	4,3	16,0	16,9	21,1	21,0	20,6
Afrika	13 671	17,3	46,5	15,8	8,2	4,6	7,6
Algerien	1 765	26,3	53,7	7,3	3,6	1,9	7,3
Marokko	2 519	7,5	23,7	27,0	16,9	9,4	15,6
Nigeria	1 657	23,8	70,8	2,7	1,0	0,5	1,2
Tunesien	1 508	5,0	14,7	19,2	18,3	16,5	26,3
Amerika	11 025	10,6	23,8	25,1	11,5	10,1	18,8
Vereinigte Staaten	8 186	10,3	21,8	25,5	11,5	10,9	20,0
Asien	25 407	9,8	42,2	29,8	11,1	3,4	3,6
Afghanistan	1 143	10,8	52,4	24,1	10,6	1,6	0,6
Indien	1 104	6,3	32,7	21,0	20,7	9,7	9,5
Iran	3 971	2,8	21,2	53,9	10,4	4,0	7,6
Libanon	2 550	7,7	51,8	35,5	3,5	1,0	0,5
Pakistan	1 781	8,5	41,9	33,5	8,8	6,2	1,1
Philippinen	1 299	9,8	29,8	43,2	11,4	3,3	2,5
Sri Lanka	1 127	11,0	32,8	51,5	3,7	0,5	0,4
Syrien	1 191	8,6	59,7	20,2	6,0	2,4	3,1
Thailand	1 237	11,6	30,4	35,7	14,3	5,2	2,8
Vietnam	5 123	12,4	62,5	8,7	15,9	0,3	0,2
Australien/Ozeanien	269	8,6	21,9	17,5	5,2	12,3	34,6
Staatenlos/Ungeklärt	2 166	7,2	17,1	25,0	12,9	4,7	33,2
Insgesamt	258 888	11,7	24,6	16,2	12,5	12,0	23,0

Bevölkerung insgesamt und Ausländer nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	31. Dezember 1992			31. Dezember 1991		Veränderung 1992 zu 1991	
	Bevölkerung	darunter Ausländer					
		Anzahl		Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	absolut
Kreisfreie Stadt Koblenz	109 654	6 545	6,0	5 910	5,4	635	10,7
Landkreise							
Ahrweiler	120 447	7 464	6,2	6 378	5,4	1 086	17,0
Altenkirchen (Ww.)	130 764	7 012	5,4	6 543	5,1	469	7,2
Bad Kreuznach	152 792	9 174	6,0	8 116	5,4	1 058	13,0
Birkenfeld	88 905	2 626	3,0	2 347	2,7	279	11,9
Cochem-Zell	64 383	1 697	2,6	1 498	2,4	199	13,3
Mayen-Koblenz	198 779	8 972	4,5	7 974	4,1	998	12,5
Neuwied	169 777	9 815	5,8	8 404	5,1	1 411	16,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	99 221	4 592	4,6	3 985	4,1	607	15,2
Rhein-Lahn-Kreis	123 972	5 704	4,6	5 132	4,2	572	11,1
Westerwaldkreis	186 331	11 933	6,4	10 254	5,6	1 679	16,4
RB Koblenz	1 445 025	75 534	5,2	66 541	4,7	8 993	13,5
Kreisfreie Stadt Trier	98 958	5 583	5,6	4 848	4,9	735	15,2
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	110 689	3 920	3,5	3 279	3,0	641	19,5
Bitburg-Prüm	93 383	2 777	3,0	2 450	2,7	327	13,3
Daun	60 797	1 691	2,8	1 412	2,4	279	19,8
Trier-Saarburg	130 468	4 045	3,1	3 537	2,7	508	14,4
RB Trier	494 295	18 016	3,6	15 526	3,2	2 490	16,0
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	47 699	5 422	11,4	5 137	10,9	285	5,5
Kaiserslautern	101 803	9 490	9,3	8 779	8,7	711	8,1
Landau i.d.Pfalz	38 769	2 592	6,7	2 225	5,9	367	16,5
Ludwigshafen am Rhein	167 541	30 041	17,9	27 017	16,3	3 024	11,2
Mainz	184 646	28 503	15,4	25 779	14,1	2 724	10,6
Neustadt a. d. Weinstraße	53 429	3 049	5,7	2 707	5,1	342	12,6
Pirmasens	48 346	2 606	5,4	2 164	4,5	442	20,4
Speyer	48 369	5 164	10,7	4 753	10,0	411	8,6
Worms	78 415	6 816	8,7	6 278	8,1	538	8,6
Zweibrücken	35 373	1 701	4,8	1 487	4,3	214	14,4
Landkreise							
Alzey-Worms	110 743	5 314	4,8	4 553	4,2	761	16,7
Bad Dürkheim	127 568	7 053	5,5	6 234	4,9	819	13,1
Donnersbergkreis	73 155	4 189	5,7	3 599	5,0	590	16,4
Germersheim	114 454	10 038	8,8	9 147	8,2	891	9,7
Kaiserslautern	105 493	5 310	5,0	4 516	4,4	794	17,6
Kusel	78 408	2 274	2,9	1 928	2,5	346	17,9
Südliche Weinstraße	103 896	3 794	3,7	3 392	3,3	402	11,9
Ludwigshafen	139 512	7 892	5,7	7 043	5,1	849	12,1
Mainz-Bingen	180 389	21 456	11,9	17 094	9,7	4 362	25,5
Pirmasens	103 637	2 634	2,5	2 531	2,5	103	4,1
RB Rheinhessen-Pfalz	1 941 645	165 338	8,5	146 363	7,7	18 975	13,0
Rheinland-Pfalz	3 880 965	258 888	6,7	228 430	6,0	30 458	13,3
Kreisfreie Städte	1 013 002	107 512	10,6	97 084	9,7	10 428	10,7
Landkreise	2 867 963	151 376	5,3	131 346	4,7	20 030	15,2

Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen seit 1950

Jahr	Ins- gesamt	davon			
		Anspruchs- einbürgerungen		Ermessens- einbürgerungen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
1950	9	5	55,6	4	44,4
1955	647	279	43,1	368	56,9
1960	1 124	803	71,4	321	28,6
1965	1 026	627	61,1	399	38,9
1970	776	346	44,6	430	55,4
1975	884	480	54,3	404	45,7
1980	1 276	751	58,9	525	41,1
1981	1 364	852	62,5	512	37,5
1982	1 335	879	65,8	456	34,2
1983	1 491	988	66,3	503	33,7
1984	1 551	967	62,3	584	37,7
1985	1 412	825	58,4	587	41,6
1986	1 238	713	57,6	525	42,4
1987	1 188	702	59,1	486	40,9
1988	1 789	1 199	67,0	590	33,0
1989	3 848	3 301	85,8	547	14,2
1990	6 537	5 861	89,7	676	10,3
1991	10 206	9 295	91,1	911	8,9
1992	17 671	16 303	92,3	1 368	7,7

lich Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen. Anspruchseinbürgerungen erfolgen im wesentlichen nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit. Danach müssen Antragsteller, die Deutsche nach Artikel 116 des Grundgesetzes sind, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, eingebürgert werden. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um volksdeutsche Aussiedler und ihre Familienangehörigen, die in Deutschland Aufnahme gefunden haben, bzw. um wiedergutmachungsberechtigte frühere deutsche Staatsangehörige. Die Einbürgerungen im Ermessenswege werden in erster Linie durch das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz geregelt. Dieses fordert von dem Antragsteller unter anderem zumeist einen langjährigen Aufenthalt (mindestens 10 Jahre) in Deutschland, von Ehegatten Deutscher einen mindestens dreijährigen Inlandsaufenthalt nach der Eheschließung.

Einbürgerungen 1992 nach Altersgruppen

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		davon			
			Anspruchs- einbürgerungen		Ermessens- einbürgerungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 15	5 155	29,2	4 965	30,5	190	13,9
15 – 18	839	4,7	799	4,9	40	2,9
18 – 25	1 506	8,5	1 314	8,1	192	14,0
25 – 35	3 364	19,0	3 083	18,9	281	20,5
35 – 45	3 068	17,4	2 670	16,4	398	29,1
45 – 55	1 134	6,4	975	6,0	159	11,6
55 – 65	1 380	7,8	1 313	8,1	67	4,9
65 und mehr	1 225	6,9	1 184	7,3	41	3,0
Insgesamt	17 671	100	16 303	100	1 368	100

Im Jahre 1992 wurden in Rheinland-Pfalz 16 303 Anspruchs- und 1 368 Ermessenseinbürgerungen registriert. Das sind die höchsten jemals seit Bestehen des Landes registrierten Zahlen. Gegenüber dem Vorjahr haben die Anspruchseinbürgerungen um über 75 % zugenommen. Gerade diese Einbürgerungsart hatte in den letzten Jahren einen enormen Zuwachs zu verzeichnen. In den Jahren bis 1987 wurden jährlich unter 1 000 derartige Fälle gezählt. Durch die verstärkt einsetzende Aussiedlerwelle stieg diese Zahl 1988 auf rund 1 200 und 1989 auf 3 300 an. Bereits ein Jahr später wurden fast 5 900 und 1991 sogar schon knapp 9 300 Anspruchseinbürgerungen gezählt. Die Ermessenseinbürgerungen lagen im langjährigen Durchschnitt immer unter 600 Fällen. Erst 1990 stiegen sie auf 676, 1991 auf 911 an. Im Berichtsjahr 1992 wurden dann 50 % mehr Einbürgerungen im Ermessenswege registriert als ein Jahr zuvor. Der starke Anstieg der Anspruchseinbürgerungen hat das Zahlenverhältnis zwischen diesen beiden Einbürgerungsarten entscheidend verändert. So lag der Anteil der Ermessenseinbürgerungen an der Gesamtzahl bis 1988 immer zwischen 25 und 60 %, erreichte aber 1989 nur noch 14,2 %, 1992 sogar nur noch 7,7 %.

Anspruchseinbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der bisherigen Staats- angehörigkeit	1992		1991		Veränderung 1992 zu 1991	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	16 303	100	9 295	100	7 008	75,4
darunter						
Ehem.						
Jugoslawien	43	0,3	19	0,2	24	126,3
Polen	1 174	7,2	945	10,2	229	24,2
Rumänien	1 643	10,1	947	10,2	696	73,5
Tschechoslowakei	29	0,2	34	0,4	-5	-14,7
Ungarn	30	0,2	24	0,3	6	25,0
Ehem.						
Sowjetunion ¹⁾	13 225	81,1	7 247	78,0	5 978	82,5
darunter						
Rußland	1 820
Ukraine	331
Kasachstan	2 612
Kirgistan	610
Tadschikistan	154
Usbekistan	59

1) 1992 einschließlich der Fälle ohne nähere Angaben.

Gut 30 % der Anspruchseinbürgerungen betrafen Kinder unter 15 Jahren

Die einzubürgernden Personen unterscheiden sich in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung bei den Einbürgerungsarten deutlich. So waren bei den auf dem Anspruchswege Eingebürgerten 1992 über 30 % jünger als 15 Jahre, gut 35 % zwischen 25 und 45 Jahre alt. Älter als 65 Jahre waren über 7 % dieser Personen-Gruppe. Von den Menschen, die durch Ermessenseinbürgerungen zu Deutschen wurden, war im Berichtsjahr rund die Hälfte im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Knapp 14 % von ihnen waren jünger als 15 Jahre, 3 % standen im Rentenalter. Eine ähnlich abweichende

Ermessenseinbürgerungen¹⁾ 1992 nach Aufenthaltsdauer und ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Land der bisherigen Staatsangehörigkeit	Insgesamt	davon Aufenthaltsdauer von ... Jahren							
		unter 6		6 - 11		11 - 21		21 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europäische Staaten	640	33	5,2	89	13,9	206	32,2	312	48,8
darunter									
Frankreich	62	1	1,6	–	–	18	29,0	43	69,4
Italien	76	2	2,6	1	1,3	19	25,0	54	71,1
Ehem. Jugoslawien	81	0	0,0	3	3,7	31	38,3	47	58,0
Österreich	51	1	2,0	5	9,8	16	31,4	29	56,9
Polen	119	11	9,2	34	28,6	37	31,1	37	31,1
Tschechoslowakei	60	4	6,7	21	35,0	22	36,7	13	21,7
Türkei	72	1	1,4	5	6,9	36	50,0	30	41,7
Afrikanische Staaten	211	26	12,3	39	18,5	101	47,9	45	21,3
darunter									
Marokko	69	13	18,8	10	14,5	31	44,9	15	21,7
Tunesien	84	7	8,3	15	17,9	39	46,4	23	27,4
Amerikanische Staaten	46	3	6,5	6	13,0	17	37,0	20	43,5
Asiatische Staaten	429	47	11,0	95	22,1	232	54,1	55	12,8
darunter									
Vietnam	103	8	7,8	16	15,5	76	73,8	3	2,9
Philippinen	85	16	18,8	35	41,2	26	30,6	8	9,4
Übrige/Staatenlos/Ungeklärt	39	–	–	6	15,4	6	15,4	27	69,2
Insgesamt	1 365	109	8,0	235	17,2	562	41,2	459	33,6

1) Ohne Einbürgerungen vom Ausland her.

Altersgliederung wiesen die nach den beiden Arten Eingebürgerten auch 1991 und früher auf, da unterschiedliche Personenkreise betroffen sind. Bei den Anspruchseinbürgerungen handelt es sich in erster Linie um Zugänge durch Aussiedler mit ihren Angehörigen, das bedeutet auch den Zustrom von Familien mit Kindern. So waren 1992 fast 12 % der Anspruchseinbürgerungen Kinder zwischen 5 und 10 Jahren, nicht ganz 10 % waren 10 bis 15 Jahre alt und knapp 9 % jünger als 5 Jahre. Die Geschlechterrelation der auf dem Anspruchswege eingebürgerten Personen ist mit der der Gesamtbevölkerung vergleichbar. Weniger eindeutig sind die Beobachtungen bei den Ermessenseinbürgerungen, da hier eine sehr inhomogene Bevölkerungsgruppe betroffen ist. Zum einen handelt es sich bei Jüngeren häufig um Fälle der erleichterten Einbürgerung junger Ausländer, wie sie seit 1991 in § 85 des Ausländergesetzes geregelt ist, zum anderen um die erleichterten Einbürgerungen von seit langem hier lebenden Ausländern (§ 86). Aber auch die Einbürgerungen von Ehefrauen deutscher Staatsangehöriger können, wie im Falle philippinischer Frauen, eine gewisse zahlenmäßige Bedeutung erlangen.

Über 81 % Anspruchseinbürgerungen aus der ehemaligen Sowjetunion

Von den 16 303 Anspruchseinbürgerungen des Jahres 1992 betrafen 13 225 oder gut 81 % Bürger der ehemaligen Sowjetunion. Das war eine Zunahme um 82,5 % gegenüber 1991. An zweiter Stelle standen Einbürgerungen von Menschen aus Rumänien mit einem Anteil

von gut 10 % und einer Zunahme der Einbürgerungsfälle um 73,5 %. Ehemalige Bürger Polens stellten im Berichtsjahr nur noch 7,2 % aller Anspruchseinbürgerungen, 1991 lag ihr Anteil mit 10,2 % etwas höher. Aussiedler aus dem früheren Jugoslawien, aus Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei spielten 1992 praktisch keine Rolle mehr.

Bei den 1 368 Ermessenseinbürgerungen, in denen drei Fälle einer Einbürgerung vom Ausland her enthalten sind, hatten fast 47 % der Personen vorher die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes. Fast 120 stammten aus Polen, 81 waren vorher jugoslawische und 76 italienische Bürger. Von den hier lebenden Türken, der weitaus größten Ausländergruppe, wurden nur 72 auf dem Ermessenswege eingebürgert. Aus afrikanischen Ländern wurden 211 Menschen eingebürgert, hauptsächlich aus Tunesien (84) und Marokko (69) stammend. Bei den asiatischen Staaten betreffenden 430 Einbürgerungen im Ermessenswege standen Bürger Vietnams und der Philippinen mit 103 bzw. 85 Fällen an der Spitze.

Durchschnittlich 8 % der nach Ermessen eingebürgerten Personen hielten sich bis zum Zeitpunkt ihrer Einbürgerung weniger als 6 Jahre in Deutschland auf. Eine Aufenthaltsdauer von 6 bis 11 Jahren hatten 17,2 %, eine von 11 bis 21 Jahren 41,2 % der Eingebürgerten. Der Anteil der Menschen, die bis zu ihrer Einbürgerung bereits länger als 21 Jahre hier lebten, war mit 33,6 % deutlich niedriger. Die Aufenthaltsdauer vor der Einbürgerung ist bei den verschiedenen Nationalitäten sehr unterschiedlich. So hielten sich gut 71 % der Italiener und über 69 % der Franzosen zum Zeitpunkt

der Einbürgerung bereits mehr als 21 Jahre in Deutschland auf. Auch ehemalige Jugoslawen und Österreicher wiesen zu 58 bzw. 57 % eine vergleichbar lange Aufenthaltsdauer auf. Eine verhältnismäßig kurze Zeit bis zu ihrer Einbürgerung verging dagegen bei den Philippinern.

Fast 19 % der Eingebürgerten aus diesem Land lebten weniger als 6 Jahre in der Bundesrepublik, über 41 % zwischen 6 und 11 Jahren.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Nebenerwerbslandwirtschaft

In Rheinland-Pfalz wurden 1991 knapp 58 % der landwirtschaftlichen Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet. Zum Berichtskreis der Agrarberichterstattung gehören Betriebe mit 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sowie Betriebe unter einem Hektar LF, wenn sie über Erzeugungseinheiten verfügen, die mindestens der Markterzeugung von einem Hektar LF entsprechen. Die Nebenerwerbsbetriebe bewirtschafteten etwa ein Viertel der gesamten LF des Landes. Ihnen kommt zumindest regional eine große Bedeutung bei der Pflege und Erhaltung der in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft zu. Die Produktionsgrundlagen der Nebenerwerbsbetriebe sollen im folgenden näher vorgestellt werden. Aus der Landwirtschaftszählung / Agrarberichterstattung 1991 steht dazu umfangreiches Material zur Verfügung.

Als Nebenerwerbsbetrieb im Sinne der Agrarstatistik gilt ein Betrieb, dessen Inhaberehepaar Einkünfte aus außerbetrieblichen Quellen (Erwerbseinkommen, Rente, Pension, Zinsen) hat und wenn diese größer sind als das betriebliche Einkommen. Im umgekehrten Fall handelt es sich um einen Haupterwerbsbetrieb. Die Beschränkung auf das Betriebsinhaberehepaar erfolgt, weil es den landwirtschaftlichen Kernhaushalt bildet und in der Regel die Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder dem Haushalt nur bedingt zur Verfügung stehen dürften.

Die Einordnung beruht vielfach auf einer Schätzung, die der Betriebsinhaber vornimmt, da in vielen Betrieben exakte Unterlagen, wie z. B. eine betriebliche Buchführung, fehlen. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Zuordnung nur für Betriebe in der Hand von natürlichen Personen sinnvoll ist. Dieser Rechtsform gehören in Rheinland-Pfalz jedoch über 99 % aller landwirtschaftlichen Betriebe an, so daß sich ein getrennter Nachweis der Betriebe insgesamt und der Summe aus Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben erübrigt.

Zunehmende Betriebsgröße

Im Zeitraum 1979 bis 1991 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe jährlich um 3,1 % auf 51 500 zurück. Mit 2,7 % war der Rückgang bei den Nebenerwerbsbetrieben um fast einen Prozentpunkt geringer als bei den Haupterwerbsbetrieben (3,6 %). Im Jahre 1991 bewirtschafteten die 29 700 Nebenerwerbsbetriebe 182 000 ha LF oder 6,1 ha je Betrieb. Sie sind damit um 1,2 ha größer als 1979. Im Vergleich dazu sind die 21 600 Haupterwerbsbetriebe im Durchschnitt viermal so groß. Die Flächenaufstockungen erfolgen vorwiegend durch Zupachtungen. So waren 46 % der bewirt-

schafteten LF der Nebenerwerbsbetriebe zugepachtet, der Pachtanteil der Haupterwerbsbetriebe erreichte sogar 59 %.

Die geringe Flächenausstattung zeigt sich auch in der Betriebsgrößenstruktur. Etwa 65 % der Nebenerwerbsbetriebe haben weniger als 5 ha LF, 6 % verfügen über mehr als 20 ha. Gegenüber 1979 hat sich die Zahl der Betriebe von der Größenklasse 20 bis 30 ha LF an erhöht, während sie in den kleineren Klassen zurückging. Dagegen hat bei den Haupterwerbsbetrieben die Zahl der Betriebe erst ab 50 ha LF zugenommen.

Ferner gehören 86 % der gesamten Betriebe unter einem Hektar LF zu den Nebenerwerbsbetrieben. In der Größenklasse von 50 ha LF und mehr sind es dagegen 5,6 %. Bei Betrieben mit geringer Flächenausstattung, die trotzdem ein ausreichendes betriebliches Einkommen erzielen, handelt es sich vorwiegend um Gartenbau- oder Dauerkulturbetriebe. Aufgrund der hohen Flächenproduktivität können solche Betriebe auch mit wenig Fläche ein ausreichendes Einkommen aus der Landwirtschaft erwirtschaften.

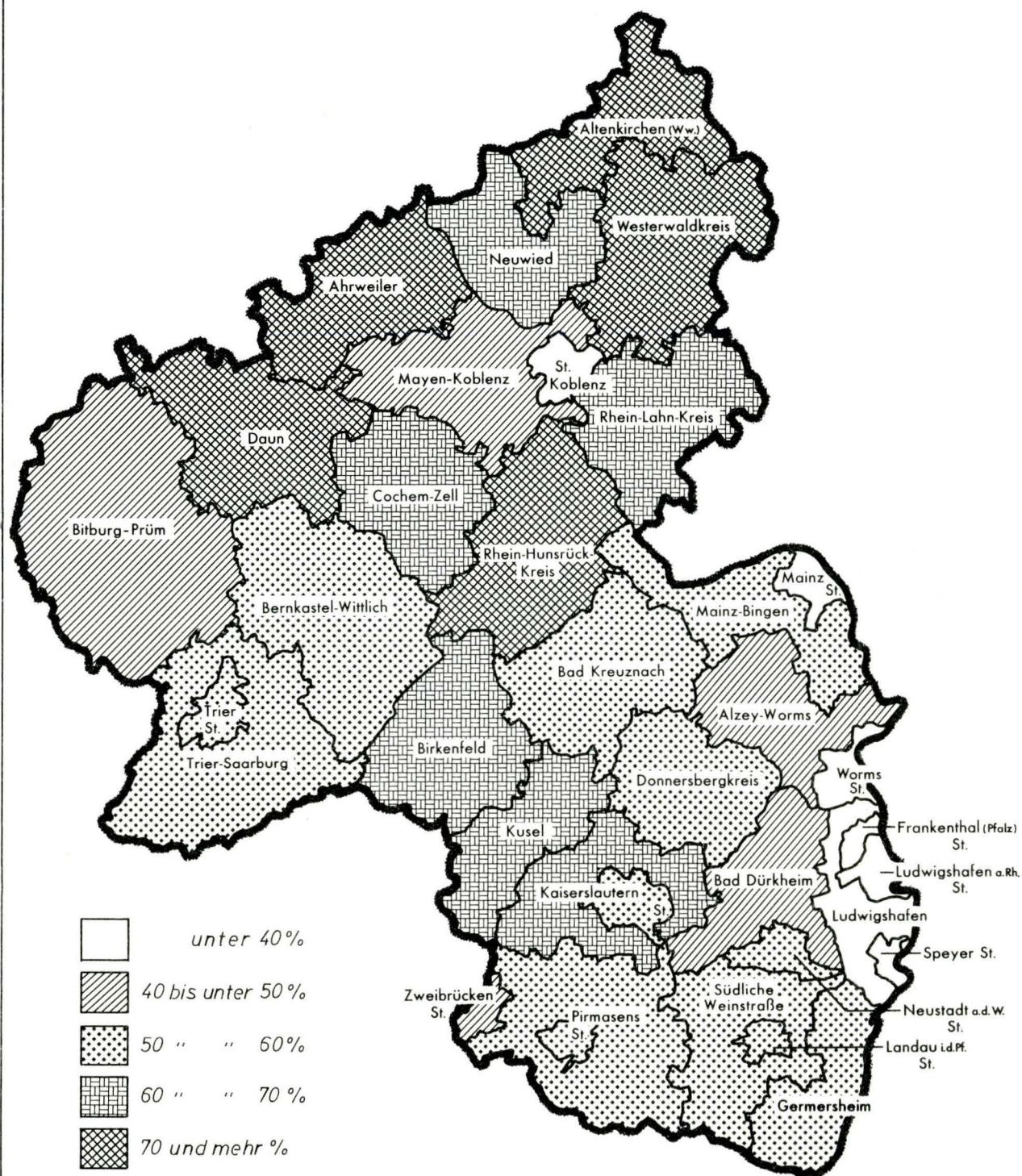
Vom Haupt- zum Nebenerwerb

Sinkende Gewinne je Flächen- oder Tiereinheit zwangen viele Betriebsinhaber in der Vergangenheit, um die Einkommensansprüche des Haushaltes zu sichern, entweder den Betrieb zu vergrößern oder außerbetriebliche Einkommensquellen zu erschließen. Für viele war die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Beschäftigung dabei die einzige Möglichkeit.

Sobald eine Beschäftigung außerhalb des Betriebes erfolgte, war es häufig auch erforderlich, die Organisation des Betriebes zu ändern, um die betrieblichen Arbeiten noch erledigen zu können. Der Weg einer flexiblen Teilbeschäftigung außerhalb des Betriebes war meistens nicht zu realisieren. Durch die geringere Vieh- und Flächenausstattung als Folge der Betriebsvereinfachung verringerten sich die betrieblichen Einkünfte. Da gleichzeitig außerbetriebliche Einkommen hinzu kamen, wurde dann aus einem Haupterwerbsbetrieb ein Nebenerwerbsbetrieb.

Daß viele Haupterwerbsbetriebe in den Nebenerwerb gewechselt sind und dort zu einer geringeren Rückgangsrate führten, läßt sich über eine verlaufsstatistische Auswertung zeigen. In die Analyse wurden die Betriebe einbezogen, die sowohl 1991 wie auch 1979 identifiziert werden konnten. Für 87 % der Nebener-

Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an den Betrieben insgesamt 1991 nach Verwaltungsbezirken



Nebenerwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz 1991

Berichtsmerkmal	Einheit	Insgesamt	Darunter Nebenerwerbsbetriebe	
			absolut	%
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Betriebe	51 506	29 732	57,7
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche				
unter 1	"	7 531	6 461	85,8
1 – 2	"	7 502	5 998	80,0
2 – 5	"	9 791	6 731	68,7
5 – 10	"	7 638	4 855	63,6
10 – 20	"	7 426	3 824	51,5
20 – 30	"	4 110	1 121	27,3
30 – 50	"	4 447	573	12,9
50 und mehr	"	3 061	169	5,5
nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens				
unter 5000	"	19 245	18 084	94,0
5000 – 10000	"	6 508	5 231	80,4
10000 – 15000	"	3 732	2 412	64,6
15000 – 20000	"	2 766	1 347	48,7
20000 – 30000	"	4 176	1 359	32,5
30000 – 50000	"	5 558	779	14,0
50000 und mehr	"	9 521	520	5,5
Betriebsbereich Landwirtschaft insgesamt	"	48 784	27 916	57,2
Dauerkulturbetriebe	"	22 317	11 902	53,3
Marktfrochtbetriebe	"	11 419	8 110	71,0
Futterbaubetriebe	"	12 642	6 595	52,2
Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	ha	711 856	182 378	25,6
Dauergrünland	"	221 859	63 386	28,6
Ackerland	"	415 049	102 090	24,6
Getreide	"	283 396	74 976	26,5
Weizen	"	88 660	18 704	21,1
Gerste	"	136 408	38 709	28,4
Hafer	"	24 391	9 146	37,5
Betriebe mit Rindern	Betriebe	15 115	7 375	48,8
Rinder	Tiere	535 102	111 689	20,9
Betriebe mit Milchkühen	Betriebe	10 217	3 805	37,2
Milchkühe	Tiere	178 874	27 155	15,2
Betriebe mit Ammen- und Mutterkühen	Betriebe	3 218	2 027	63,0
Ammen- und Mutterkühe	Tiere	22 181	10 927	49,3
Betriebe mit Zuchtsauen	Betriebe	2 699	989	36,6
Zuchtsauen	Tiere	58 211	9 835	16,9
Betriebe mit Mastschweinen	Betriebe	11 184	5 778	51,7
Mastschweine	Tiere	290 060	53 076	18,3
Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen insgesamt	Personen	174 971	95 031	54,3
im Betrieb (ohne Haushalt) beschäftigt	"	104 315	53 726	51,5
vollbeschäftigt	"	25 953	2 094	8,1
teilbeschäftigt	"	78 362	51 632	65,9
anderweitig erwerbstätig	"	33 003	27 917	84,6
vollbeschäftigt	"	25 637	22 811	89,0

werbs- und 96 % der Haufterwerbsbetriebe war dies möglich. Von den 1991 im Nebenerwerb bewirtschafteten Betrieben gehörten 1979 etwa ein Viertel noch zu den Haufterwerbsbetrieben. Den Weg vom Neben- zum Haufterwerb gingen dagegen nur 9 % der für beide Jahre nachweisbaren Betriebe.

Extensive Bodennutzung

Die rund 182 000 ha LF der Nebenerwerbsbetriebe setzen sich zusammen aus 56 % Ackerland, 35 % Dauergrünland und 9 % sonstiger LF, die im wesentlichen Rebland umfaßt. Auf knapp drei Vierteln der 102 000 ha Ackerland wird Getreide erzeugt. Die extensiveren Sommergetreidearten nehmen dabei eine bedeutendere Stellung ein als bei den Haufterwerbsbetrieben. So bauen die Nebenerwerbsbetriebe 37 % des gesamten Hafers an, aber nur 21 % der für die Weizenproduktion verwendeten Fläche entfällt auf die Nebenerwerbsbetriebe. Sommergerste, die wichtigste Sommerung, kommt auf einen Anteil von 30 %. Wintergerste hat mit 24 % des Anbaus in Nebenerwerbsbetrieben ebenfalls unterdurchschnittliche Bedeutung. Darin zeigt sich wieder, daß andere Bedingungen für einen Betrieb im Nebenerwerb gelten als für den Haufterwerbsbetrieb. So ist viel häufiger die Arbeitskapazität der am stärksten begrenzende Faktor. Die Betriebsleiter beschränken sich deshalb auf eine weite Fruchtfolge, um so die Arbeitsspitzen abzubauen zu können.

Auch Futterpflanzen nehmen mit 15 % der Landesfläche eine untergeordnete Bedeutung ein. Silomais, eine Futterpflanze mit hohem Energieertrag, wächst nur auf knapp der Hälfte der Futterpflanzenfläche. Traditionelle Futterpflanzen wie Klee oder Klee gras haben im Nebenerwerb noch eine größere Bedeutung. Im Haufterwerb ist der Silomais mit zwei Dritteln Anteil an der Futterfläche die mit Abstand wichtigste Futterpflanze. Der geringe Umfang an Futterpflanzen bedeutet zudem, daß die Nebenerwerbsbetriebe nur über geringe Viehbestände verfügen. Die Zuckerrübe, eine der wirtschaftlich interessantesten Ackerfrüchte, ist mit 1 600 ha oder 7 % der gesamten Zuckerrübenanbaufläche bedeutungslos.

Mutterkuhhaltung, ein wichtiger Produktionszweig

Auch in der Viehhaltung überwiegen Produktionsverfahren mit geringem Arbeitsbedarf. So erzeugen von den 7 400 Nebenerwerbsbetrieben mit Rindviehhaltung nur gut die Hälfte Milch, obwohl gerade das Milchgeld auch kleineren Betrieben ein sicheres Einkommen bieten kann. Nachteilig bei einer außerbetrieblichen Beschäftigung wirken sich jedoch der hohe Arbeitszeitbedarf je Kuh und der Umstand aus, daß die Milchproduktion an täglich feste Melkzeiten gebunden ist. Sofern Milch im Nebenerwerb erzeugt wird, stehen in drei von vier Betrieben weniger als 10 Kühe im Stall. Ein weiterer wichtiger Faktor in der Milchproduktion ist die Höhe des Milchlieferpreises. Mit durchschnittlich 37 000 kg korrespondiert es mit den geringen Beständen der Nebenerwerbsbetriebe.

Die wesentlich arbeitsexensivere Ammen- und Mutterkuhhaltung wird den Bedürfnissen der Nebenerwerbsbetriebe dagegen weitaus gerechter. Fast 63 %

der 3 200 Ammen- und Mutterkuhhalter wirtschaften im Nebenerwerb. Auf sie entfällt knapp die Hälfte aller Ammen- und Mutterkühe.

Im Bereich der Schweineproduktion gilt ähnliches wie für die Rindviehhaltung. Die arbeitsintensive Ferkelproduktion erfolgt nur zu einem Drittel durch Nebenerwerbsbetriebe, die im Schnitt über 10 Zuchtsauen verfügen. Dagegen produziert über die Hälfte der mastschweinehaltenden Betriebe im Nebenerwerb, wobei mit 9 Tieren je Betrieb sehr kleine Bestände vorliegen.

Ein weiteres Kennzeichen der Nebenerwerbsbetriebe ist die traditionelle Haltungsform der Tiere auf Festmist. Von den Betrieben mit nennenswerter Viehhaltung haben 5 000 Betriebe die Festmistkette. Ihnen stehen nur 800 gegenüber, die ausschließlich oder zusätzlich das Flüssigmistverfahren anwenden. Dies bedeutet, daß die Nebenerwerbsbetriebe die vorhandenen Stallungen nutzen, Investitionen in moderne und leistungsfähige Ställe jedoch nicht vornehmen.

Einkommensbeitrag häufig nur gering

Die geringe Flächenausstattung sowie die kleinen Viehbestände sind der Grund für den teilweise nur kleinen Einkommensbeitrag, den die Landwirtschaft zum Gesamteinkommen des Haushalts liefert. Die betriebsweise Berechnung des Standardbetriebseinkommens erlaubt eine Abschätzung dieses Einkommensbeitrages. Immerhin 60 % der Nebenerwerbsbetriebe erzielen Standardbetriebseinkommen von jeweils weniger als 5 000 DM. Damit scheinen zumindest bei diesen Betrieben weniger die Einkommenserzielung als vielmehr andere Gründe für den Erhalt der Landwirtschaft im Vordergrund zu stehen.

Aus welchem Bereich schwerpunktmäßig das betriebliche Einkommen der Nebenerwerbsbetriebe stammt, läßt sich an Hand der Betriebssystematik zeigen. 40 % gehören den Dauerkulturbetrieben mit Schwerpunkt bei den Weinbaubetrieben an. Es folgen die Marktfruchtbetriebe (27 %) vor den Futterbaubetrieben (22 %). Die Betriebssystematik der Haufterwerbsbetriebe unterscheidet sich dagegen deutlich von derjenigen bei den Nebenerwerbsbetrieben. So lassen sich fast die Hälfte (48 %) den Dauerkulturbetrieben zuordnen. Mit Abstand folgen dann die Futterbaubetriebe (28 %) vor den Marktfruchtbetrieben (15 %).

Deutlich werden wieder die Unterschiede zwischen den Neben- und Haufterwerbsbetrieben. Gerade im Bereich der Bodenproduktion fallen die Arbeiten nur zu bestimmten Zeitspannen an. Darüber hinaus gibt es viele Möglichkeiten, die anstehenden Arbeiten auch überbetrieblich erledigen zu lassen. In der Viehhaltung gilt dies im wesentlichen nur für die Futterbergung. Das Füttern und Betreuen der Tiere muß jeden Tag durch die betrieblichen Arbeitskräfte erfolgen, so daß von daher Futterbaubetriebe geringere Bedeutung haben.

Aufgrund des geringen Einkommensbetrages und der hohen Arbeitsbelastung haben nur 12 % der Nebenerwerbsbetriebe einen Hofnachfolger. Offensichtlich sind nur wenige junge Menschen noch bereit, die Doppelbelastung durch Hauptberuf und Landwirtschaft zu tragen. Dagegen werden immerhin 34 % der Haufterwerbsbetriebe voraussichtlich auch noch in der nächsten Generation weiter bewirtschaftet.

Starke Arbeitsbelastung der Betriebsinhaber

Ein wesentliches Kennzeichen landwirtschaftlicher Betriebe ist die Einheit von Betrieb und Haushalt. Das Kennzeichen der Nebenerwerbsbetriebe ist, daß die betrieblichen Einkünfte geringer sind als die außerbetrieblichen. Die wichtigste Quelle der außerbetrieblichen Einkünfte ist dabei eine anderweitige Erwerbstätigkeit. 95 000 Personen lebten 1991 auf den Nebenerwerbsbetrieben, von denen 40 % sonstwie erwerbstätig waren. Der Anteil ist mit 12 % bei den Haupterwerbsbetrieben wesentlich geringer.

Die Hauptlast der betrieblichen Arbeiten tragen die 29 700 Betriebsinhaber, auf die 60 % der 13 000 in Nebenerwerbsbetrieben geleisteten Arbeitskräfteeinheiten entfallen. Neben den Betriebsinhabern arbeiten noch 24 000 Familienangehörige im Betrieb mit, bei 51 % dieser Personen handelt es sich um die Ehegatten des Betriebsinhabers. Ihre Arbeitsleistung beläuft sich auf 3 000 AK-Einheiten. Nur 3,9 % der Arbeitskräfte sind im Betrieb vollbeschäftigt. 69 % der Betriebsinhaber haben zusätzlich eine außerbetriebliche Tätigkeit, der überwiegend sogar in Vollbeschäftigung nachgegangen wird.

Kommt bei Männern hauptsächlich die Kombination von betrieblicher und außerbetrieblicher Beschäftigung vor, sind bei Frauen die Haushaltstätigkeit und die betriebliche Beschäftigung die wichtigsten Tätigkeitsfelder. 32 100 Frauen sind im Betrieb einschließlich Haushalt beschäftigt, von ihnen üben 56 % auch betriebliche Tätigkeiten aus. Bei den Männern erreicht der Anteil 99 %. Nur 11 % der Betriebsinhaber sind Frauen, so daß sich der hohe Anteil weiblicher Familienangehöriger mit 64 % daraus erklärt.

Mittelgebirge überwiegend mit Nebenerwerbsbetrieben

In den Mittelgebirgen wirtschaften mehr als 70 % der Betriebe im Nebenerwerb. Der Westerwaldkreis hat mit 83 % Nebenerwerbsbetrieben den höchsten Anteil, gefolgt vom Rhein-Hunsrück-Kreis (78 %) und dem Landkreis Daun (74 %). Mit 32 % Nebenerwerbsbetrieben stellt dagegen der Landkreis Ludwigshafen das andere Extrem der Landkreise dar. In den Kreisen Bad Dürkheim (46 %), Alzey-Worms (47 %), Bitburg-Prüm und Mayen-Koblenz (je 49 %) werden ebenfalls noch weniger als die Hälfte der Betriebe im Nebenerwerb bewirtschaftet.

Entsprechend dem hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben entfallen im Rhein-Hunsrück-Kreis 44 % der

LF, im Landkreis Cochem-Zell 41 % und im Westerwaldkreis 40 % auf die Nebenerwerbsbetriebe. Dagegen ist der Flächenanteil im Landkreis Ludwigshafen (7,6 %) gering.

Insbesondere eine regional kleinräumige Betrachtung zeigt die breit streuende Verteilung der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe. Für sie gibt es eine Reihe von Ursachen. Ein wichtiger Grund sind die natürlichen Voraussetzungen. So liegt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in den Gemeinden der Pfalz mit guten Böden häufig weit unter 40 %. Gleiches gilt für das Maifelder Becken. Auf diesen Standorten kann eine intensive Landwirtschaft betrieben werden. In der Pfalz haben Weinbau und Gemüseanbau große Bedeutung. Im Landkreis Mayen-Koblenz spielt die Veredlung eine wichtige Rolle.

Anders die Situation in den Mittelgebirgen. Die von Natur aus benachteiligten Gebiete erlauben selten eine intensive und produktive Landwirtschaft. Häufig übersteigt der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in den Gemeinden deshalb auch 70 %. Jedoch gibt es auch hier Gemeinden mit einem geringen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben. Hierzu zählen z.B. die Gemeinden Remagen und Grafschaft mit 38 % bzw. 44 %, wo der Obstbau eine große Bedeutung hat. Im Landkreis Bitburg-Prüm haben die Sonderkulturen keine Bedeutung, jedoch verfügen die Betriebe über große Flächen und Viehbestände, so daß sie vielfach im Haupterwerb bestehen können.

Da in den Mittelgebirgen häufig nur wenige außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze vorhanden sind, müssen weite Wege in Kauf genommen werden, um eine außerbetriebliche Beschäftigung aufzunehmen. Dies lohnt sich dann jedoch nur bei einer Vollzeitbeschäftigung, so daß für Frauen, die häufig nur eine Teilbeschäftigung suchen, eine Tätigkeit auf dem Betrieb interessant bleibt.

Anders in den wirtschaftlich entwickelteren Gebieten von Rheinland-Pfalz, wo aufgrund der guten außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten die Betriebsinhaber eher bereit sind den Betrieb aufzugeben, als in anderen Regionen. Damit werden gleichzeitig Flächen frei für die weiterwirtschaftenden Betriebe, die so wachsen und im Haupterwerb weiter wirtschaften können. Dies trifft besonders für die dicht besiedelten Gebiete in der Pfalz zu. Die relative Nähe von großen Verbraucherzentren ist hier ein weiterer Standortvorteil, den eine Reihe von Betrieben über den Direktabsatz und damit höheren Preisen zusätzlich nutzen können.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen 1991

Grundlage für die Analyse der Struktur der Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft ist die Betriebssystematik von 1971, die die Betriebe nach ihrem betrieblichen Produktionsschwerpunkt gruppiert. Maßgeblich ist die

Struktur der aus den betrieblichen Einzeldaten berechneten Standarddeckungsbeiträge der Betriebe. Dazu werden aus der Bodennutzungshaupterhebung die Flächenangaben der einzelnen Kultur- und Fruchtarten

sowie aus der Viehzählung die Tierkategorien mit jährlich aktualisierten Standarddeckungsbeiträgen¹⁾ multipliziert und zum Betriebsergebnis addiert.

Der Standarddeckungsbeitrag umfaßt die Bruttoleistung abzüglich der variablen Kosten. Da Daten über Leistungen und Kosten nicht für jeden Betrieb zur Verfügung stehen, werden die notwendigen Rechenwerte aus den Unterlagen der buchführenden Betriebe abgeleitet. Sie finden dann als Durchschnittswerte bei allen Betrieben Anwendung. Um mögliche jährliche Schwankungen bei den Standarddeckungsbeiträgen auszugleichen, wird jeweils das Mittel aus den letzten fünf Wirtschaftsjahren zugrunde gelegt. Regionale Ertragsunterschiede werden dadurch berücksichtigt, daß kreisweise differenzierte Standarddeckungsbeiträge in die Berechnung einfließen.

Der Standarddeckungsbeitrag ist auch Grundlage für die Ermittlung der Einkommenskapazität eines Betriebes, ausgedrückt durch das Standardbetriebs-einkommen. Dazu werden vom gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes die festen Spezial- und Gemeinkosten, d. h. die nicht nur einem Produktionsverfahren zurechenbaren Kosten, abgezogen. Diese variieren dabei nach Betriebsgröße und Produktionsschwerpunkt. Hinzu kommen sonstige Erträge wie z. B. Arbeiten für Dritte. Unberücksichtigt bleiben gezahlte oder erhaltene Pachten, Zinsen und Löhne.

Da für Erlöse und Kosten nur Durchschnittswerte verwendet werden, weicht das tatsächliche betriebliche Einkommen von dem berechneten Standardbetriebs-einkommen mehr oder weniger stark ab, zumal auch quantitativ schwer zu bestimmende Einflußgrößen unberücksichtigt bleiben. Hierzu gehört insbesondere die Betriebsleiterfähigkeit. Die Berechnung erfolgt alle zwei Jahre im Rahmen der Agrarberichterstattung, wobei in jedem vierten Jahr regional tiefgegliederte Ergebnisse aus einer allgemeinen Erhebung vorliegen. Über die aktuellen Ergebnisse aus dem Jahr 1991 soll hier berichtet werden.

Landwirtschaft bildet Schwerpunkt

Die vierstufig aufgebaute Betriebssystematik ordnet in der ersten Stufe alle Betriebe fünf Betriebsbereichen zu. 48 900 der insgesamt rund 58 200 in der Agrarberichterstattung 1991 nachgewiesenen Betriebe gehörten dem Bereich Landwirtschaft an. Sie bewirtschafteten mit 698 300 ha fast 98 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) des Landes. Ihren betrieblichen Schwerpunkt in der Forstwirtschaft hatten 7 200 Betriebe, im Bereich Gartenbau 940 Betriebe. Ein Betrieb zählt zu einem der drei genannten Bereiche, wenn mindestens 75 % seines gesamten Standarddeckungsbeitrages in dem jeweiligen Bereich erwirtschaftet werden. Ist dies nicht der Fall, handelt es sich entweder um einen Kombinationsbetrieb oder um einen kombinierten Verbundbetrieb. Auf diese beiden Bereiche entfielen jedoch 1991 lediglich 1 200 Betriebe.

Gegenüber 1979 hatte sich der Anteil landwirtschaftlicher Betriebe zugunsten der Forstbetriebe von 89 % auf 84 % verringert. Die Zunahme bei den Forstbetrieben läßt sich damit erklären, daß viele landwirtschaftliche Betriebe auch über Waldflächen verfügen, die sie im Zuge einer Aufgabe der Landwirtschaft in der Regel nicht mitverpachten sondern selbst weiterbewirtschaften.

Dauerkulturanbau ist die verbreitetste Produktionsrichtung

In den Bereichen Landwirtschaft und Gartenbau erfolgt auf der zweiten Stufe der Systematik - den Betriebsformen - eine deutlichere Bestimmung des betrieblichen Produktionsschwerpunktes. Im Bereich Landwirtschaft wird dabei nach den Betriebsformen Marktfrucht, Futterbau, Veredlung oder Dauerkulturen, im Gartenbau nach Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulen unterschieden. Eine Zuordnung erfolgt dann, wenn mindestens 50 % des Standarddeckungsbeitrages eines Betriebes aus einer dieser Produktionsrichtungen stammen. Betriebe, in denen keine Produktionsrichtung überwiegt, werden als landwirtschaftliche bzw. gartenbauliche Gemischtbetriebe bezeichnet.

Die Zahl von 22 300 Dauerkulturbetrieben, immerhin 46 % aller Betriebe des Bereiches Landwirtschaft, unterstreicht eindrucksvoll die große Bedeutung des Weinbaues für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft. Sie bewirtschafteten aufgrund ihrer hohen Produktivität nur 133 000 ha LF. Die 12 700 Futterbaubetriebe (26 %) verfügten über 316 000 ha LF. Ebenfalls von Bedeutung war der Marktfruchtbau, der in 11 400 Betrieben (23 %) mit 203 000 ha LF eine dominierende Rolle spielte. Den Veredlungsbetrieben (1 100) und den landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben (1 300) ließen sich weniger Betriebe zuordnen. Im Bereich Gartenbau lag der Schwerpunkt bei der Erzeugung von Zierpflanzen (59 %) und Gemüse (28 %).

Zunahme der Spezialisierung

Auf der dritten Stufe der Systematik wird nach Spezial- und Verbundbetrieben unterschieden. Bei einem Spezialbetrieb müssen mehr als 75 % des gesamten Standarddeckungsbeitrages aus einem Produktionszweig stammen. Die Betriebstypen als vierte Gliederungsebene benennen dann den jeweiligen Produktionsschwerpunkt. Bei den Verbundbetrieben erreicht der Anteil einer Produktionsrichtung nur 50 % bis 75 %. Es werden deshalb auf der vierten Stufe die beiden wichtigsten Produktionszweige genannt.

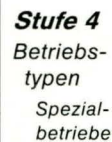
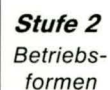
In den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Trend zur Spezialisierung zu beobachten, da sie vielfach zu einem höheren Gewinn führt. So waren 1991 bereits 77 % der Betriebe des Bereichs Landwirtschaft im wesentlichen auf einen Produktionszweig spezialisiert, 1979 dagegen erst 63 %. Im Gartenbau ist die Spezialisierung schon weiter fortgeschritten. Hier zählten 97 % aller Betriebe zu den Spezialbetrieben.

Innerhalb der Landwirtschaft wiesen die Dauerkulturbetriebe mit einem Anteil der Spezialbetriebe von 92 %

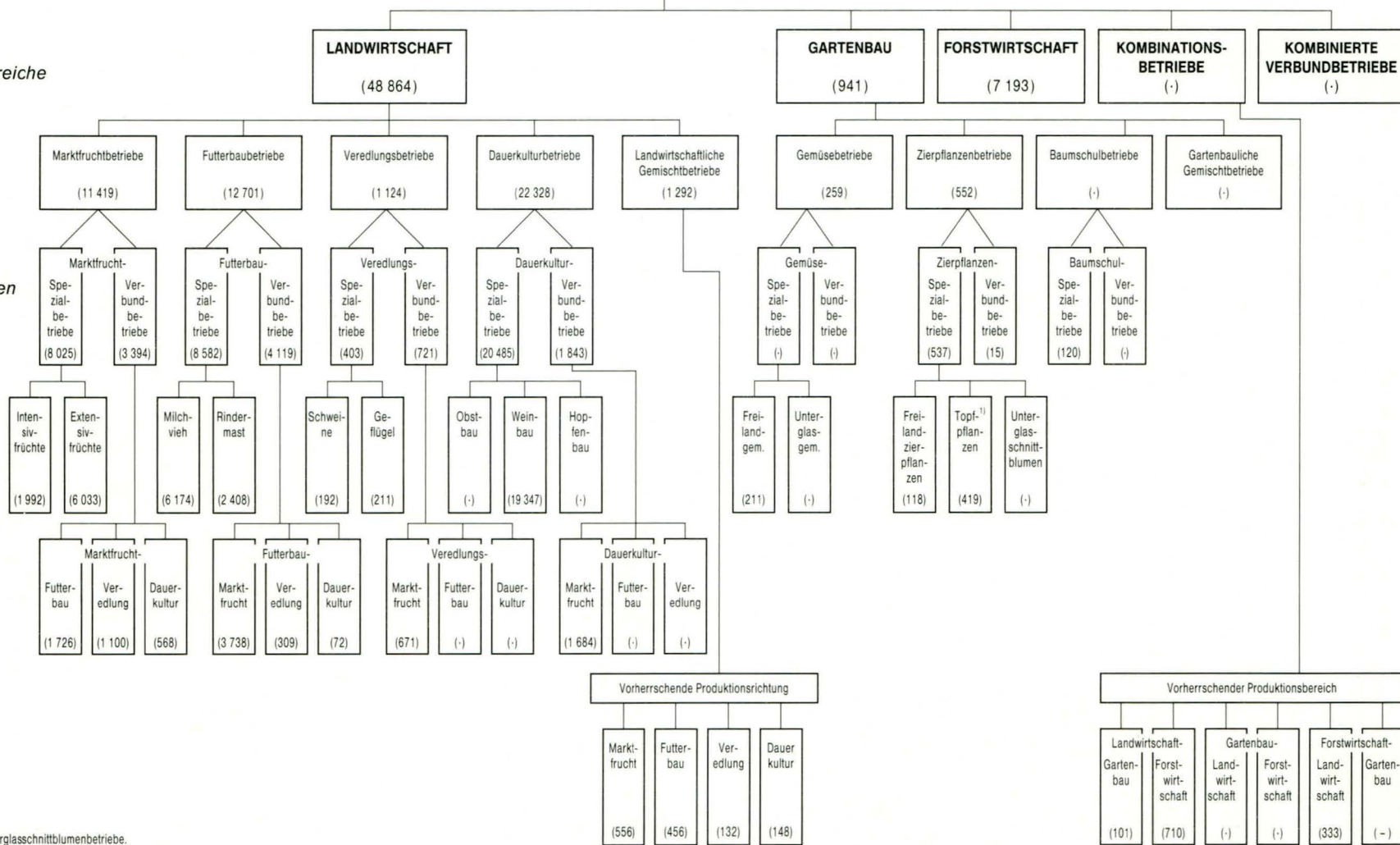
1) Vgl. Sauer, Norbert/ Detlev Reymann: Standarddeckungsbeiträge 1991/92, Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL), Arbeitspapier 181, Münster-Hiltrup.

(in Klammern Zahl der Betriebe 1991)

Landwirtschaftliche Betriebe
und Forstbetriebe insgesamt
(58 244)



Verbund-
betriebe



¹⁾ Einschließlich Unterglasschnittblumenbetriebe.

eine ähnlich hohe Rate auf wie der Gartenbau. Den Schwerpunkt bildeten dabei die 19 300 Weinbaubetriebe. Auf Obstbau spezialisiert hatten sich 1 100 Betriebe. 70 % der Marktfruchtbetriebe waren inzwischen vorwiegend auf die Erzeugung von Getreide, Ölfrüchten, Kartoffeln oder Zuckerrüben ausgerichtet. In drei Viertel dieser Spezialbetriebe überwog der Anbau von Getreide und Ölfrucht, die zu den Extensivfrüchten zählen.

Auch im Futterbau hat die Konzentration auf einen Produktionszweig stark zugenommen. Seit 1979 erhöhte sich der Anteil der Spezialbetriebe von 41 % auf 68 % und lag damit fast genauso hoch wie im Marktfruchtbau. 72 % der Futterbauspezialbetriebe produzierten Milch, die restlichen 28 % Rind- oder Schaffleisch. Gleichzeitig ist die Rindermast das einzige Produktionsverfahren, in dem seit 1979 eine Zunahme der Betriebe erfolgte. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf die Milchkontingentierung Anfang der achtziger Jahre. Sie veranlaßte viele Milcherzeuger ihre Milchproduktion einzustellen und statt dessen die Futterflächen ackerbaulich zu nutzen oder aber in die Ammen- und Mutterkuhhaltung einzusteigen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die Förderung der Extensivierung. In der Veredlung, zu der die Schweine- und Hühnerhaltung zählen, waren 36 % der Betriebe spezialisiert. In 60 % der Veredlungsbetriebe kam der Marktfruchtbau als zweites Standbein hinzu.

Standort bestimmt Betriebsform

Aufgrund der unterschiedlichen natürlichen Standortbedingungen verteilen sich die Betriebsbereiche und -formen nicht gleichmäßig. Während der Anteil der Landwirtschaft in den klimatisch bevorzugten Ackerbaugebieten Rheinhessens mit den Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen immerhin 98 % bzw. 97 % erreichte, waren es in den weniger begünstigten Gebieten, wie etwa in den Landkreisen Pirmasens, Altenkirchen oder Ahrweiler, nur um die 60 %. Dementspre-

chend hoch lag hier der Anteil der Forstbetriebe, der in Pirmasens 37 %, Altenkirchen 33 % und Ahrweiler 29 % erreichte. Der Gartenbau spielte lediglich in einigen wenigen eng abgegrenzten Gebieten eine wichtige Rolle. Besonders hoch war sein Anteil in den Landkreisen Ludwigshafen (13 %) und Germersheim (5 %). Die Gunst des Klimas sowie die in unmittelbarer Nähe liegenden Märkte haben hier bei vielen Betrieben zu einer Spezialisierung auf gartenbauliche Produkte geführt.

Die klimatischen Voraussetzungen beeinflussen im Bereich Landwirtschaft auch die regionale Verbreitung der Betriebsformen. So wurden im Landkreis Mainz-Bingen allein 94 % der Betriebe mit 81 % der LF als Dauerkulturbetriebe eingestuft. In Bad Dürkheim gehörten 90 % der Betriebe zur Betriebsform Dauerkulturen, an der Südlichen Weinstraße waren es 89 % und in Alzey-Worms 87 %. Jeweils etwa zwei Drittel der LF wurde von ihnen genutzt.

In Eifel und Westerwald, typischen Grünlandstandorten, wirtschafteten dagegen hauptsächlich Futterbaubetriebe. Für jeweils 77 % der Betriebe in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Altenkirchen und 70 % im Landkreis Daun traf dies zu. Die Anteile dieser Betriebsform an der LF erreichten in Altenkirchen 89 %, Daun 87 % und 85 % in Bitburg-Prüm.

Marktfruchtbau verlangt Standorte mit guten ackerbaulichen Voraussetzungen. Die Landkreise Ludwigshafen (80 %), Germersheim (69 %) und der Donnersbergkreis (62 %) boten den Betrieben dazu die besten Bedingungen. 92 %, 75 % bzw. 63 % der LF gehörten hier zur Betriebsform Marktfruchtbau.

Rheinland-Pfalz mit den meisten Weinbaubetrieben

Auf Rheinland-Pfalz entfielen 53 % aller Weinbaubetriebe Deutschlands, was die große Bedeutung des Produktionszweiges für die Landwirtschaft dieses Bundeslandes zeigt. Weitere 37 % aller Weinbaubetriebe hatten

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe 1991 nach Betriebssystemen und Bundesländern

Land	Insgesamt	Betriebsbereich Landwirtschaft						Betriebsbereich	
		zusammen	Marktfruchtbetriebe	Futterbaubetriebe	Veredlungsbetriebe	Dauerkulturbetriebe	Gemischtbetriebe	Gartenbau	Übrige Betriebsbereiche ¹⁾
Baden-Württemberg	126 772	98 497	26 233	41 309	4 100	20 953	5 902	2 764	25 511
Bayern	279 952	193 650	53 621	118 855	5 979	6 737	8 458	2 839	83 463
Brandenburg	5 163	4 143	1 884	1 676	163	100	320	585	435
Hessen	49 068	43 309	19 542	18 478	1 370	1 535	2 384	1 102	4 657
Mecklenburg-Vorpommern	3 192	2 932	1 181	1 363	156	25	207	182	78
Niedersachsen	106 638	90 040	25 202	46 171	12 150	1 448	5 069	2 259	14 339
Nordrhein-Westfalen	92 621	70 121	21 521	32 506	10 086	471	5 537	4 255	18 245
Rheinland-Pfalz	58 244	48 864	11 419	12 701	1 124	22 328	1 292	941	8 438
Saarland	3 111	2 756	951	1 423	92	160	130	129	220
Sachsen	5 549	4 339	1 313	2 544	161	80	241	942	268
Sachsen-Anhalt	4 518	3 428	1 747	1 054	193	134	300	463	627
Schleswig-Holstein	29 722	25 819	5 519	18 248	1 472	161	419	1 156	2 747
Thüringen	3 938	3 017	959	1 623	127	76	232	487	434
Stadtstaaten ²⁾	2 348	1 042	147	584	55	236	20	1 193	113
Bundesgebiet	770 836	591 957	171 239	298 535	37 228	54 444	30 511	19 297	159 582

1) Forstwirtschaft, Kombinationsbetriebe und kombinierte Verbundbetriebe. – 2) Berlin, Bremen und Hamburg.

in Baden-Württemberg ihren Sitz. In den übrigen Bundesländern dominierten dagegen die Futterbau- oder Marktfruchtbetriebe. 70 % der Betriebe aus dem Bereich Landwirtschaft waren in Schleswig-Holstein Futterbaubetriebe, in Bayern betrug der Anteil 61 %. Mit 26 % war er in Rheinland-Pfalz am geringsten.

Sachsen-Anhalt wies mit 51 % Marktfruchtbetrieben den höchsten Anteil unter den Bundesländern aus, gefolgt von Brandenburg und Hessen mit 45 %. Die geringste Bedeutung hatten sie, abgesehen von den Stadtstaaten, in Schleswig-Holstein (21 %) und Rheinland-Pfalz (23 %). Die Veredlungsbetriebe konzentrierten sich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, wo sie Anteile von 14 % und 13 % aufwiesen. Für die Be-

triebe beider Bundesländer wirkt sich die Nähe zu den Seehäfen Deutschlands und der Niederlande positiv aus, da sie von dort günstig Importfuttermittel beziehen können.

26 000 DM Standardbetriebseinkommen

Das durchschnittliche Standardbetriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft betrug 1991 rund 26 000 DM. Gegenüber 1979 ist das eine Steigerung um 4 600 DM. Das durchschnittliche Einkommen des Betriebsbereichs Landwirtschaft erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 21 200 DM auf 26 200 DM. Das mittlere Standardbetriebseinkommen der Gartenbaube-

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe 1991 nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Davon mit einem Standardbetriebseinkommen von ... DM							
			unter 10 000		10 000 - 30 000		30 000 - 50 000		50 000 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Koblenz	144	1 818	53	307	44	534	19	429	28	548
Ahrweiler	2 087	19 304	1 513	5 309	266	3 874	120	2 680	188	7 441
Altenkirchen (Ww.)	1 600	16 794	1 122	4 121	232	3 372	102	2 603	144	6 699
Bad Kreuznach	2 720	34 242	1 192	6 083	576	6 339	299	5 410	653	16 410
Birkenfeld	1 130	19 693	682	3 940	169	2 899	114	3 488	165	9 366
Cochem-Zell	2 662	22 905	1 544	7 466	762	4 973	180	3 346	176	7 120
Mayen-Koblenz	1 952	35 473	914	4 960	446	8 202	255	7 038	337	15 273
Neuwied	1 233	16 785	748	3 616	199	3 149	97	2 460	189	7 561
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 431	37 061	1 583	10 887	402	7 014	147	4 144	299	15 015
Rhein-Lahn-Kreis	1 590	26 400	916	5 631	255	4 295	158	3 672	261	12 802
Westerwaldkreis	2 025	24 245	1 470	7 847	251	3 526	106	2 294	198	10 578
RB Koblenz	19 574	254 720	11 737	60 167	3 602	48 175	1 597	37 564	2 638	108 813
Trier	161	1 865	83	278	40	430	12	295	26	862
Bernkastel-Wittlich	4 484	35 826	2 166	6 791	1 372	7 190	512	5 269	434	16 577
Bitburg-Prüm	4 928	81 438	2 588	9 915	783	12 190	601	15 966	956	43 367
Daun	2 256	31 476	1 519	7 911	307	5 365	153	4 279	277	13 921
Trier-Saarburg	4 060	34 900	1 995	6 378	1 015	6 148	528	6 463	522	15 911
RB Trier	15 889	185 504	8 351	31 273	3 517	31 322	1 806	32 272	2 215	90 637
Frankenthal	82	2 983	10	44	16	269	10	269	46	2 401
Kaiserslautern	73	1 089	45	153	11	318	7	243	10	375
Landau i. d. Pfalz	484	2 601	200	196	90	227	45	288	149	1 891
Ludwigshafen a. Rhein	117	2 258	21	65	26	358	18	315	52	1 521
Mainz	355	4 321	135	312	109	1 172	53	1 112	58	1 725
Neustadt a. d. Weinstraße	615	3 522	260	233	120	372	62	382	173	2 534
Pirmasens	111	1 130	76	243	15	209	7	236	13	442
Speyer	47	816	21	96	13	254	7	159	6	308
Worms	361	6 701	90	185	53	398	41	787	177	5 330
Zweibrücken	125	2 904	65	267	17	476	10	396	33	1 765
Alzey-Worms	3 488	43 470	1 333	1 788	622	4 272	423	5 895	1 110	31 514
Bad Dürkheim	2 125	18 485	736	1 123	369	1 535	239	2 031	781	13 795
Donnersbergkreis	1 396	32 689	693	5 310	314	8 336	175	6 840	214	12 202
Germersheim	1 039	15 078	541	1 965	190	2 529	103	2 504	205	8 080
Kaiserslautern	970	19 016	590	3 527	149	3 588	103	4 278	128	7 623
Kusel	1 286	23 919	881	5 224	169	3 050	90	4 026	146	11 618
Südliche Weinstraße	3 882	23 568	1 945	2 359	788	3 958	471	4 758	678	12 494
Ludwigshafen	802	15 101	286	1 095	147	1 832	128	2 828	241	9 345
Mainz-Bingen	3 915	33 174	1 654	2 158	788	3 625	432	4 328	1 041	23 063
Pirmasens	1 508	20 181	1 013	3 841	187	3 528	123	4 058	185	8 754
RB Rheinhessen-Pfalz	22 781	273 007	10 595	30 185	4 193	40 307	2 547	45 733	5 446	156 781
Rheinland-Pfalz	58 244	713 231	60 683	121 625	11 312	119 805	5 950	115 569	10 299	356 232

triebe steigerte sich von 33 500 DM im Jahre 1979 auf 57 800 DM im Jahre 1991, was der höchste Wert aller Betriebsbereiche ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Standardbetriebseinkommen die Löhne, Pachten und Zinsen unberücksichtigt bleiben. Da jedoch gerade der Gartenbau sehr viele Arbeitskräfte einsetzt, muß noch ein erheblicher Teil des Standardbetriebseinkommens hierfür verwendet werden, so daß das verbleibende Einkommen niedriger ist. Die Forstbetriebe kamen auf 23 400 DM, gut 1 100 DM weniger als 1979.

Eine Größenklassengliederung zeigt, daß fast 31 000 Betriebe ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 10 000 DM aufweisen. Da durch ein so geringes Einkommen der Lebensunterhalt einer Familie nicht sichergestellt werden kann, erfolgt die Bewirtschaftung dieser Betriebe hauptsächlich im Nebenerwerb. 78 % von ihnen gehörten dem Betriebsbereich Landwirtschaft an. Fast jeder fünfte war ein Forstbetrieb.

Über ein Standardbetriebseinkommen von 50 000 DM und mehr verfügten 10 300 Betriebe, von denen 89 % dem Bereich Landwirtschaft, 7,5 % der Forstwirtschaft und 2,3 % dem Gartenbau angehörten.

Arbeitsintensive Betriebe mit den höchsten Einkommen

Innerhalb der Landwirtschaft hängt die Höhe des Standardbetriebseinkommens auch vom Produktionsschwerpunkt ab. Einkommensstärkste Betriebsform war der Dauerkulturanbau (31 300 DM). Die hierzu gehörenden spezialisierten Weinbaubetriebe kamen auf 30 200 DM. Jeder fünfte Weinbaubetrieb wies ein Standardbetriebseinkommen von mehr als 50 000 DM auf. Die Dauerkultur-Marktfruchtbetriebe erreichten mit durchschnittlich 58 900 DM sogar ein den Gartenbaubetrieben vergleichbares Standardbetriebseinkommen.

Die Veredlungs- und die Futterbaubetriebe lagen mit 28 900 DM bzw. 28 700 DM in etwa auf gleicher Höhe. Die Milchvieh- und Geflügelbetriebe waren mit 39 900 DM und 38 200 DM die jeweils einkommensstärksten Betriebstypen dieser Betriebsformen. Bei den Milchviehbetrieben erreichten sogar mehr als ein Drittel ein Standardbetriebseinkommen von 50 000 DM und mehr. Nur 3 200 DM standen dagegen im Schnitt den Rindermastbetrieben zur Verfügung, das ist das niedrigste Einkommen aller Betriebstypen. Mehr als die Hälfte dieser Betriebe hatte ein Standardbetriebseinkommen von unter 10 000 DM.

Die Futterbau-Marktfruchtbetriebe, nach den Milchviehbetrieben der wichtigste Betriebstyp unter den Futterbaubetrieben, wiesen im Schnitt 26 200 DM auf. Übertroffen wurde dieser Wert von den Veredlungs-Marktfruchtbetrieben (30 000 DM).

Die landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe erwirtschafteten im Mittel 22 000 DM. Das niedrigste Standardbetriebseinkommen hatten jedoch die Marktfruchtbetriebe (13 700 DM). Betriebe, die sich dabei vorwiegend auf die Erzeugung von Extensivfrüchten wie Getreide und Ölfrüchte spezialisiert hatten, kamen auf 5 500 DM. Mehr als die Hälfte von ihnen wies weniger als 1 000 DM auf. Wenn der Anbau von Intensivfrüchten wie Zuckerrüben, Kartoffeln oder Gemüse einen bedeutenden Teil der Produktion darstellte, dann erreichten die Betriebe im Durchschnitt 29 100 DM. Das Einkommen der Marktfrucht-Futterbaubetriebe (11 700 DM) lag weit unter dem Durchschnitt. Festzuhalten bleibt, daß Betriebstypen mit größerer Arbeitsintensität in vielen Fällen auch höhere Standardbetriebseinkommen aufweisen.

Dauerkulturgebiete mit höherem Standardbetriebseinkommen

Betrug landesweit der Anteil einkommenstarker Betriebe mit mehr als 50 000 DM Standardbetriebseinkommen 18 %, lag er in den durch Dauerkulturen geprägten Landkreisen Bad Dürkheim (37 %), Alzey-Worms (32 %), Mainz-Bingen (27 %) und Bad Kreuznach (24 %) deutlich darüber. Aber auch die guten Böden, die hauptsächlich für den Marktfrucht- und Gemüseanbau genutzt werden, bedeuteten in den Landkreisen Ludwigshafen und Garmersheim für 30 % bzw. 20 % der Betriebe ein Standardbetriebseinkommen von mehr als 50 000 DM. Im Landkreis Bitburg-Prüm mit seinen großen Milchviehbetrieben erreichte fast jeder fünfte Betrieb die 50 000 DM-Grenze.

Standardbetriebseinkommen bis 10 000 DM wiesen dagegen hauptsächlich die Betriebe in den Landkreisen mit ungünstigen natürlichen und strukturellen Voraussetzungen auf. Darin dürften für fast drei Viertel aller Betriebe im Westerwald die geringen Standardbetriebseinkommen begründet sein. Ähnliches gilt für die Betriebe in den Landkreisen Ahrweiler (72 %) und Altkirchen (70 %) sowie Kusel (69 %), Pirmasens (67 %) und Daun (67 %). Hinzu kommt, daß die genannten Landkreise einen überdurchschnittlichen Anteil an Forstbetrieben aufwiesen, die vielfach nur geringe Standardbetriebseinkommen erzielten.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Bestandsstrukturen in der Viehhaltung 1992

Die Bestände der Hauptnutztierarten zeigen seit 1990 eine stagnierende oder anhaltend rückläufige Entwicklung. Dahinter verbergen sich unterschiedliche Tenden-

zen und Ausprägungen bei den verschiedenen Nutzungsrichtungen einer Tierart. Besonders deutlich war in der Rinderhaltung ein Zuwachs an Ammen- und Mutterkühen zwischen Dezember 1990 und 1992. Diese Entwicklungen und die regionale Verteilung der Viehbestände wurden bereits in einem früheren Beitrag dargestellt.¹⁾

1) Hübbers, Birgit: Regionale Verteilung und Entwicklung der Viehbestände 1992, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7 / 1993, S. 155 ff.

Die Zahl der Halter einzelner Tierarten wie auch der Viehhalter insgesamt ging in der Regel relativ stärker zurück als die Zahl der Tiere oder war in ihrer positiven Veränderung, wie bei den Ammen- und Mutterkuhhältern, vergleichsweise schwächer ausgeprägt. Der damit verbundene Anstieg der durchschnittlichen Bestandsgrößen und die Größenklassenstrukturen der Rinder- und Schweinebestände sind Gegenstand dieses Beitrages. Anhand der durchschnittlichen Bestandsgrößen werden die regionalen Unterschiede hervorgehoben. Die detailliertere Darstellung der Bestandsstrukturen nach Größenklassen beschränkt sich auf die Auswertungen für das Land. Da sich Strukturdaten ebenso wie Regionalergebnisse nur aus den allgemeinen Viehzählungen gewinnen lassen, werden die Veränderungen bis 1992 in Zweijahreszeiträumen dargestellt. Daneben fließen für 1992 Auswertungen ein, die Informationen zur Häufigkeit der Haltung verschiedener Tierarten in einem Betrieb liefern.

Weniger Viehhalter mit größeren Beständen

Als Kriterium für eine zusammengefaßte Beurteilung der Entwicklung der Viehhaltung stehen die Umrechnungsschlüssel zu Großvieheinheiten (GV) zur Verfügung, die einen Aggregationsmaßstab zur zeitpunktbe-

zogenen statistischen Erfassung von Tierbeständen bilden. Danach entspricht eine Großvieheinheit einem Tier von 500 kg Lebendgewicht.

Während die Zahl der Viehhalter zwischen 1980 und 1990 um 43 % und bis 1992 um weitere 11 % auf rund 27 000 zurückging, nahmen die Großvieheinheiten in den gleichen Zeiträumen um 16 % bzw. um weitere 5,9 % ab. Die durchschnittliche Anzahl der auf einen Viehhalter entfallenden Großvieheinheiten stieg seit 1980 landesweit von 11 auf 16,2 im Jahre 1990 und bis 1992 weiter auf 17,1.

Die deutlichsten Zuwächse über den gesamten Zeitraum waren im Regierungsbezirk Trier mit + 9,1 GV / Halter zu verzeichnen. Dagegen berechnen sich die Zunahmen in den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz nur auf + 5 bzw. + 3,9 GV / Halter. Damit hat sich der Abstand zwischen den Regierungsbezirken weiter vergrößert. Mittlerweile entfällt auf einen Halter im Regierungsbezirk Trier im Vergleich zu Rheinhessen-Pfalz die doppelte Anzahl an Großvieheinheiten.

Der Kreis Bitburg-Prüm ist mit insgesamt über 100 000 GV die bei weitem viehstärkste Region in Rheinland-Pfalz. Auch hinsichtlich der Besatzdichte,

Schweine- und Rinderhalter sowie durchschnittliche Bestandsgröße im Dezember 1992 nach Nutzungskategorien und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Rinder		darunter				Schweine		darunter		
			Milchkühe		Ammen- u. Mutterkühe	männliche Rinder ¹⁾			Zuchtsauen		Mast- ²⁾ schweine
	Halter	Tiere je Halter	Halter	Tiere je Halter			Halter	Tiere je Halter	Halter	Tiere je Halter	
Ahrweiler	557	29,9	241	20,0	8,3	8,7	234	31,4	25	34,4	19,6
Altenkirchen (Ww.)	735	33,8	305	22,2	9,1	8,8	217	27,9	33	17,6	18,3
Bad Kreuznach	567	23,1	269	12,4	6,0	7,1	595	19,2	80	12,8	11,7
Birkenfeld	465	38,8	247	20,8	10,1	9,2	263	57,4	76	25,7	30,3
Cochem-Zell	334	30,6	176	19,2	7,9	8,2	392	43,8	119	16,8	19,5
Mayen-Koblenz	414	30,7	176	17,0	8,5	12,7	631	150,2	275	37,1	81,8
Neuwied	542	39,4	293	22,1	8,4	9,3	190	31,3	15	19,1	20,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	782	33,1	383	20,4	8,5	7,2	671	39,0	94	22,6	22,8
Rhein-Lahn-Kreis	515	39,6	262	20,2	9,0	12,6	690	50,4	238	18,2	24,6
Westerwaldkreis	887	31,2	360	19,2	9,4	8,6	371	14,2	24	19,6	7,5
RB Koblenz	5 828	32,9	2 730	19,5	8,7	9,1	4 294	52,5	991	24,2	28,3
Bernkastel-Wittlich	868	36,4	439	21,4	9,9	8,2	611	31,8	87	23,7	18,2
Bitburg-Prüm	2 511	48,3	1 815	25,1	11,6	7,5	1 528	59,4	592	23,6	23,6
Daun	1 038	35,9	607	23,3	7,9	5,9	492	9,4	.	16,9	5,3
Trier-Saarburg	825	35,7	418	21,5	9,6	7,5	808	33,3	175	23,3	13,1
RB Trier	5 282	41,8	3 300	23,7	10,1	7,3	3 466	41,0	892	23,2	17,5
Alzey-Worms	65	11,2	22	9,6	3,8	4,9	427	21,2	51	17,0	12,3
Bad Dürkheim	67	21,9	19	15,4	7,2	15,4	156	17,9	17	15,5	9,6
Donnersbergkreis	411	29,8	228	14,9	8,0	10,2	532	50,9	133	24,9	27,4
Germersheim	156	20,4	83	9,2	6,0	9,2	307	31,4	30	36,2	16,1
Kaiserslautern	435	38,1	251	18,1	11,8	10,4	281	35,3	37	21,8	19,5
Kusel	475	39,2	229	21,5	11,3	10,3	280	40,8	39	31,7	21,2
Südliche Weinstraße	112	17,6	54	6,6	11,0	7,1	337	8,3	26	9,2	4,6
Ludwigshafen	57	18,4	34	10,0	2,9	6,8	169	24,8	18	19,6	10,9
Mainz-Bingen	85	19,0	41	11,9	6,3	6,0	404	23,4	49	22,6	12,2
Pirmasens	547	39,5	341	20,0	7,6	11,1	312	62,4	45	37,1	34,3
RB Rheinhessen-Pfalz	2 583	32,8	1 405	17,0	9,4	9,9	3 508	33,8	480	25,3	18,1
Rheinland-Pfalz	13 693	36,3	7 435	20,9	9,3	8,7	11 268	43,1	2 363	24,1	21,7

1) 1/2 Jahr und älter; ohne Bestände bei Schlachthöfen und Viehhändlern. - 2) 50 kg und mehr Lebendgewicht.

bezogen auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche des Kreises, steht er mit 128 GV / 100 ha an der Spitze. Mit nur wenig Abstand folgt der Kreis Altenkirchen (125 GV / 100 ha), wo insgesamt jedoch nur rund 20 000 GV gehalten werden. Hinsichtlich der Großvieheinheiten je Halter steht Bitburg-Prüm ebenfalls deutlich an der Spitze (31 GV / Halter). Die Kreise Birkenfeld, Mayen-Koblenz und Neuwied sowie Daun und Pirmasens schließen sich erst mit Werten zwischen 19 und 21 GV / Halter an.

Im Landkreis Bitburg-Prüm zeigt sich die Spezialisierung auf die Rinderhaltung in der mittlerweile auf 48 Rinder angestiegenen durchschnittlichen Bestandsgröße, während die Betriebe in allen übrigen Kreisen im Durchschnitt weniger als 40 Tiere aufweisen. Mit 25 Kühen ist die Durchschnittsmilchkuhherde größer als in anderen Regionen. Hinsichtlich der im Schnitt in den Betrieben zur Mast aufgestellten Bullen stehen jedoch ackerbaustärkere Gebiete wie Mayen-Koblenz, der Rhein-Lahn-Kreis oder einzelne Kreise im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz im Vordergrund.

Zu den Landkreisen mit den größten Durchschnittsbeständen an Ammen- und Mutterkühen (11 bis 12 Tiere je Halter) zählen einerseits Kaiserslautern und Kusel, andererseits auch Bitburg-Prüm, obwohl sie sich grundsätzlich in ihrem Anteil viehhaltender Haupterwerbsbetriebe oder im Anteil an Milcherzeugern oder Bullenmästern unter den Rinderhaltern unterscheiden. Auch beschäftigen sich in Bitburg-Prüm relativ weniger Rinderhalter mit Ammen- und Mutterkühen (23 %) als in den beiden anderen Kreisen (über 30 %). Der in diesen Verwaltungsbezirken gleichermaßen größere Durchschnittsbestand bei Ammen- und Mutterkühen mag in Bitburg-Prüm auf den dortigen hohen Dauergrünlandanteil zurückzuführen sein. In den beiden anderen Kreisen kann auch ein Zusammenhang mit der Bullenmast als Betriebszweig vermutet werden.

In der Schweinehaltung hebt sich der Durchschnittsbestand im schweinestärksten Kreis Mayen-Koblenz mit 150 Tieren / Halter weit von den anderen Landkreisen ab. Obwohl in Bitburg-Prüm insgesamt kaum weniger Schweine gehalten werden, entfallen dort im Schnitt auf jeden Halter nur 59 Tiere. Damit rangiert der Kreis nach Pirmasens (62 Tiere) an dritter Stelle im Land.

Der hohe durchschnittliche Bestand im Landkreis Mayen-Koblenz ist vor allem auf eine intensive Schweinemast zurückzuführen. Gemessen an den Mastschweinen mit 50 kg und mehr Lebendgewicht werden im Schnitt 82 Mastschweine je Betrieb gehalten. Dieser Wert wird bei weitem in keinem anderen Landkreis erreicht. Das Landesmittel von 22 Tieren wird danach noch am deutlichsten im Landkreis Pirmasens (34 Tiere / Halter) überschritten.

Der mittlere Zuchtsauenbestand beläuft sich in rheinland-pfälzischen Betrieben auf rund 24 Tiere. Die 275 Ferkelerzeuger im Landkreis Mayen-Koblenz zählen mit rund 37 Sauen ebenfalls zu den Betrieben mit einem für rheinland-pfälzische Verhältnisse größeren durchschnittlichen Bestand ohne sich jedoch von dem entsprechenden Vergleichswert gegenüber einigen anderen Kreisen so deutlich abzuheben wie in der Schweinemast. Vergleichbare mittlere Bestandsgrößen von

über 30 Sauen berechnen sich in den Landkreisen Pirmasens, Germersheim, Ahrweiler und Kusel. Allerdings gibt es dort deutlich weniger Ferkelerzeuger. In Bitburg-Prüm mit landesweit den meisten Zuchtsauenhaltern (592) stehen im Schnitt in den Betrieben nur 24 Tiere.

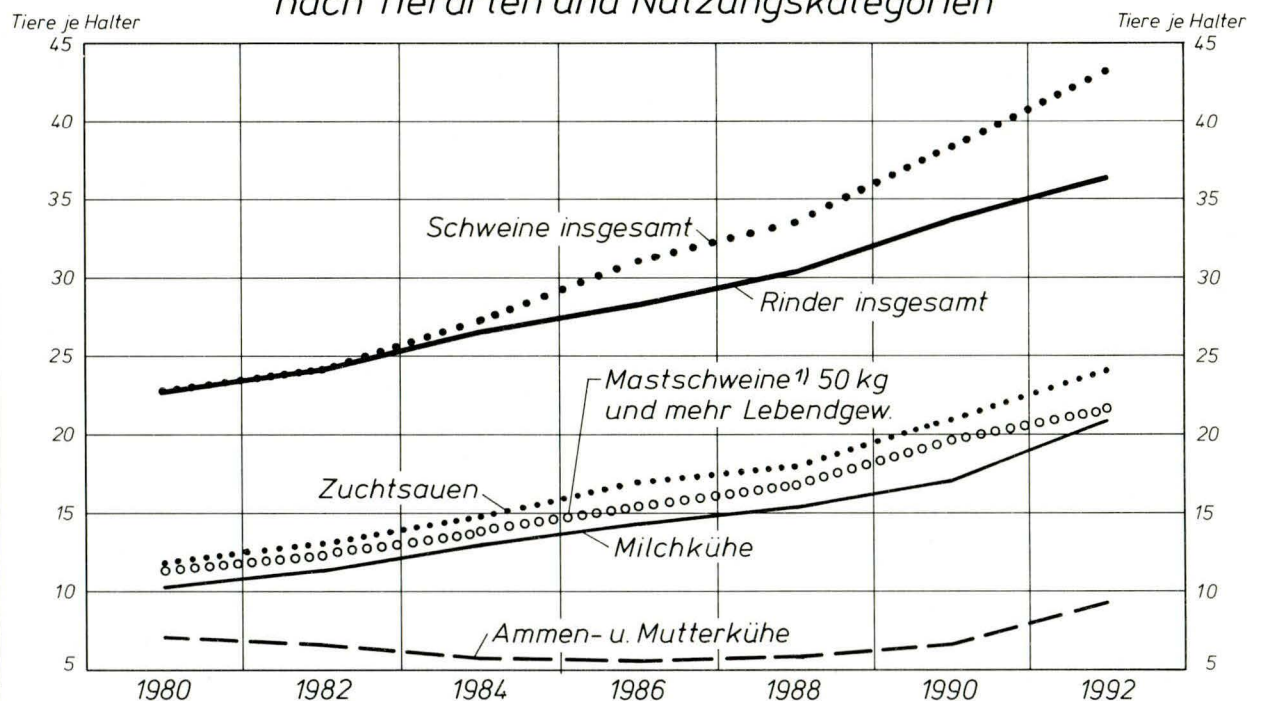
Beschleunigte Entwicklung zu größeren Beständen

Die mittlere Bestandsgröße in der Milchkuhhaltung hat sich im Land von 1980 bis 1992 auf rund 21 Kühe verdoppelt. Der durchschnittliche Bestandszuwachs belief sich allein zwischen 1990 und 1992 auf 3,8 Tiere und war damit höher als in den Jahren zuvor. Die Zahl der Milchkuhalter ist währenddessen um 30 % auf 7 400 zurückgegangen. Dies schlug sich in allen Regierungsbezirken in ähnlichen relativen Veränderungsraten nieder und war ausgeprägter als je zuvor in einem Zweijahreszeitraum. Sowohl der Herauskauf von Referenzmengen im Zuge der Kürzung der Milchgarantiemenge als auch der hierdurch noch beschleunigte Strukturwandel haben offensichtlich einen starken Einfluß auf die Bestandsstrukturen genommen. Im Durchschnitt vergrößerten sich die Milchkuhherden in den beiden nördlichen Regierungsbezirken mit ohnehin größeren Beständen um rund vier Tiere, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, wo die Milcherzeugung als Einnahmequelle eine untergeordnete Rolle spielt, dagegen nur um zwei Tiere.

Anders als in der Milchkuhhaltung, die seit 1980 wie die meisten anderen Viehhaltungszweige einen kontinuierlichen Anstieg der Herdengröße zu verzeichnen hatte, hat sich die durchschnittliche Ammen- und Mutterkuhherde zwischen 1980 und 1990 in den meisten Regionen verkleinert. Viele Betriebe erhielten einen Anreiz zur Haltung auch nur weniger Mutterkühe, da bereits für ein Tier eine Prämie gezahlt wurde. Die Erhöhung der durchschnittlichen Bestandsgröße zwischen 1990 und 1992 von 6,7 auf 9,3 Mutterkühe hängt vor allem mit der Einführung einer einzelbetrieblichen Höchstgrenze für den Prämienanspruch eines Erzeugers zusammen. Zur Sicherung von Ansprüchen stiegen viele Betriebe in diesen Betriebszweig ein oder stockten ihre Bestände auf. Hinzu kommt, daß ein Betrieb seit dem Wirtschaftsjahr 1991 / 92 nur noch ab Bestandsgrößen von mindestens drei Tieren prämienberechtigt ist.

Hinter dem landesweiten Zuwachs von 30 % an Ammen- und Mutterkuhaltern zwischen 1990 und 1992 verbergen sich anders als in der Milchkuhhaltung, stark streuende Veränderungsraten in den einzelnen Verwaltungsbezirken. Dies schlägt sich in einer Erhöhung der Halterzahl um 48 % im Regierungsbezirk Trier und um nur 18 % im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz nieder. Unter den Kreisen mit mehr als 100 Mutterkuhaltern im Jahre 1992 stiegen in diesen Produktionszweig seit 1990 mit Abstand die meisten Betriebe in Bitburg-Prüm (+ 73 %) und in Daun (+ 69 %) ein. Der durchschnittliche Anstieg der Herdengröße war mit + 2,3 Tieren parallel dazu im Regierungsbezirk Trier etwas größer als in den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz mit + 3,2 Tieren, was insbesondere auf die deutlich gewachsene Durchschnittsherde im Landkreis Bitburg-Prüm zurückzuführen ist.

Durchschnittliche Bestandsgröße 1980 bis 1992 nach Tierarten und Nutzungskategorien



1) Ohne Bestände bei Schlachthöfen und Viehhändlern.

139/93

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Während die mittleren Herdengrößen in der Milchkuh- sowie der Ammen- und Mutterkuhhaltung zwischen 1990 und 1992 eine deutliche Veränderung gezeigt haben, hat sich der Bestand an männlichen Rindern je Halter im Landesdurchschnitt nicht verändert. Für den Bestand an Rindern insgesamt je Betrieb ergab sich dennoch in diesem Zweijahreszeitraum ein Zuwachs um 2,6 Tiere auf 36 Rinder.

In der Schweinehaltung betrug zwischen 1990 und 1992 der mittlere Bestandszuwachs je Betrieb 4,8 Schweine. Dagegen belief er sich von 1980 bis 1990 auf insgesamt 15,4 Tiere. Der mittlere jährliche Zuwachs zwischen 1980 und 1990 lag damit etwas niedriger als in den beiden folgenden Jahren. Obwohl der relative Rückgang der Schweinehalter in den Zweijahreszeiträumen zwischen 1986 und 1990 mit 21 % und weiteren 18 % schon besonders deutlich war, gaben seit 1990 nochmals 15 % der Halter die Schweineerzeugung auf. Die relative Abnahme war in allen Regierungsbezirken ähnlich.

Ein deutlich überdurchschnittlicher Anstieg des Schweinebestandes je Betrieb war von Dezember 1990 bis 1992 im Kreis Mayen-Koblenz (+ 14,6 Tiere) zu verzeichnen. Der durchschnittliche Zuchtsauenbestand in diesem Kreis, in dem es 1992 noch über 270 Ferkelerzeuger gab, erhöhte sich seit 1990 um 5,6 Sauen. Im Landkreis Bitburg-Prüm mit den meisten Zuchtsauenhaltern (592) war der Anstieg nur halb so groß. Auch im Rhein-Lahn-Kreis, wo es noch knapp 240 Ferkelerzeuger gibt, nahm die mit rund 18 Sauen immer noch vergleichsweise geringe mittlere Bestandsgröße um 3,3 Tiere zu.

Nur Rinderbestände mit mehr als 100 Tieren nahmen zu

Die bisher betrachtete durchschnittliche Bestandsgröße stellt als Mittelwert nur einen groben Maßstab zur Beschreibung von Bestandsgrößenstrukturen dar. Sie erlaubt zwar den vorgenommenen Vergleich der Verhältnisse in den einzelnen Verwaltungsbezirken, läßt jedoch keine Aussage über die zugrundeliegende Verteilung einzelbetrieblicher Bestandsgrößen zu. Hierüber gibt eine Aufgliederung nach Bestandsgrößenklassen Aufschluß. Die folgende Darstellung dieser Bestandsgrößenstrukturen und ihrer Veränderungen beschränkt sich der Übersichtlichkeit halber auf die Ergebnisse für das Land Rheinland-Pfalz insgesamt. Bei den zusätzlich einbezogenen Auswertungen über die Häufigkeit der Haltung verschiedener Tierarten oder Nutzungsrichtungen in einem Betrieb ist zu beachten, daß jeweils nur zwei Tierarten bzw. Nutzungsrichtungen betrachtet werden. Damit wird keine Aussage darüber getroffen, inwiefern ein Betrieb bei der Tierhaltung noch weitere Produktionsrichtungen aufrechterhält.

Von den Viehhaltern in Rheinland-Pfalz beschäftigen sich gut 50 % mit der Rinderproduktion, dagegen nur rund 42 % mit der Schweineerzeugung. 1992 entfiel von den rinderhaltenden Betrieben immer noch der überwiegende Teil (58 %) auf die Gruppe mit Beständen unter 30 Rindern. Der Anteil dieser Halter an den Betrieben insgesamt hat jedoch seit 1980 stetig abgenommen. Im Dezember 1992 zählte diese Größenklasse nur noch etwas mehr als ein Drittel der im Jahre 1980 auf sie entfallenden Rinderhalter. Von 1990 bis 1992 betrug der Rückgang 18 %. Selbstverständlich lassen die hier vor-

genommenen statistischen Auswertungen der Strukturen keine Aussagen über die Wanderungsbewegungen zwischen den Größenklassen zu. Die heute bestehenden Betriebe einer Klasse können in dieser verblieben sein, aber auch als Neuzugang oder durch Bestandsabstockungen bzw. -aufstockungen hinzugekommen sein. Derartige Auswertungen sollen einer späteren Veröffentlichung vorbehalten sein.

Trotz dieser sicherlich erfolgten Klassenwechsel hat sich der Anteil der Betriebe mit 30 bis 59 Rindern nur wenig verändert und lag in den letzten Jahren zwischen 18 und 20 %. Auch hier ging von Dezember 1990 bis 1992 die Zahl der Halter um 17 % zurück. Dagegen war die Abnahme bei den Betrieben mit 60 und mehr Rindern (– 3,2 %) gering. Der Rückgang vollzog sich dabei unter denen, die nicht mehr als 100 Rinder hielten (– 9,6 %), während die Halter größerer Bestände sogar um 11 % zunahmen. Diese letzte Gruppe zeigt damit seit 1980 einen kontinuierlichen Anstieg. Die nächst kleinere Gruppe mit 60 bis 99 Rindern nahm dagegen nur bis 1984 zu. Hinsichtlich ihres prozentualen Anteils an der gesamten Halterzahl haben diese Betriebe jedoch an Gewicht gewonnen.

Größere Rinderbestände selten ohne Milchkühe

Von den Rinderhaltern betreiben gut die Hälfte keine Schweinehaltung. Sofern Schweine im Betrieb stehen, handelt es sich aus arbeitswirtschaftlichen Gründen überwiegend um Masttiere. Keine 10 % der Rinderhalter erzeugen Ferkel. Noch relativ seltener als Schweine werden Schafe zusammen mit Rindern gehalten. Diese Kombination findet sich nur bei knapp 5 % der Rinderhalter.

Mit zunehmender Größe des Rinderbestandes steigt der Anteil der Betriebe ohne Schweine. Bei den Betrieben mit mehr als 100 Rindern sind es 75 %. Dies schlägt sich in einer etwas unterschiedlichen Bestandsgrößenstruktur zwischen Betrieben mit Rindern und Schweinen bzw. ohne Schweinehaltung nieder. Während von den „Gemischtbetrieben“ nur 4,7 % mehr als 100 Rinder halten, sind es bei den übrigen Rinderhaltern ohne Schweinebestände 10 %. In der Bestandsgrößenklasse unter 30 Rindern ist das Zahlenverhältnis mit 64 % bzw. 54 % umgekehrt.

Betriebe mit Rindern im Dezember 1980 bis 1992 nach Bestandsgrößenklassen

Jahr	Insgesamt	davon mit ... Rindern			
		1 - 29	30 - 59	60 - 99	100 u. m.
	Anzahl				
1980	29 647	21 773	5 377	2 057	440
1990	16 078	9 732	3 207	2 177	962
1992	13 677	7 987	2 650	1 969	1 071

Der geringere Teil der Betriebe mit Rinderproduktion verzichtet auf die Haltung von Milchkühen (46 %). Hier zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Bestandsgröße. Während sich dieser Prozentsatz in Betrieben mit weniger als 30 Rindern auf 65 % beläuft, gibt es Rinderbestände mit 100 und mehr Tieren nur selten (12 %) ohne Milchkühe. Die unterschiedliche Bestandsgrößenstruktur in rinderhaltenden Betrieben ohne Milchkühe im Vergleich zu Betrieben mit Milchkühen macht dies ebenso deutlich. Von den Rinderhaltern, die keine Milch erzeugen, halten 83 % weniger als 30 und nur 2 % mehr als 100 Rinder.

Die kleineren Rinderbestände dürften überwiegend auch in Nebenerwerbsbetrieben stehen, die aus arbeitswirtschaftlichen Gründen die Milcherzeugung aufgegeben haben. Es ist anzunehmen, daß zu den Betrieben mit kleineren Beständen vor allem auch Halter von Ammen- und Mutterkühen oder Masttieren zählen, die über diese Betriebszweige eine extensive Form der Grünlandnutzung betreiben. Der spezialisierte Rinderhalter im Haupterwerb ist jedoch überwiegend auf die Milcherzeugung als wichtige Einnahmequelle angewiesen.

Die rund 7 400 Milcherzeuger wirtschaften dagegen nur zu 38 % in Bestandsgrößen unter 30 Rindern. Sie haben überwiegend nicht mehr als neun Milchkühe im Stall. 44 % der 950 Milcherzeuger mit Beständen von 100 und mehr Rindern melken 30 bis 49 Kühe, weitere 50 % haben noch größere Milchkuhbestände. Nur 53 dieser Betriebe halten weniger als 30 Milchkühe. Hier ist davon auszugehen, daß neben der für die Milcherzeugung erforderlichen Nachzucht ein Produktionszweig zur Fleischerzeugung wie die Kälber- oder Bullenmast, die Aufzucht von Färsen oder auch die Haltung von Ammen- und Mutterkühen intensiv betrieben wird.

Betriebe mit Rinderhaltung und Haltung von anderen Tierarten im Dezember 1992 nach Größenklassen des Rinderbestandes

Betriebe mit ... Rindern	Betriebe mit Rindern insgesamt	und zwar											
		mit Haltung von ...				ohne Haltung von ...							
		Schweinen		Milchkühen		Schweinen		Zuchtsauen		Schafen		Milchkühen	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 29	7 987	3 702	63,7	2 812	37,8	4 285	54,4	7 400	59,2	7 508	57,8	5 175	82,9
30 - 99	4 619	1 832	31,6	3 676	49,5	2 787	35,4	4 085	32,7	4 463	34,3	943	15,1
100 und mehr	1 071	271	4,7	944	12,7	800	10,2	1 011	8,1	1 030	7,9	127	2,0
Insgesamt	13 677	5 805	100	7 432	100	7 872	100	12 496	100	13 001	100	6 245	100

Betriebe mit Rindern und Milchkühen 1992
nach Bestandsgrößenklassen

Betriebe mit ... Milchkühen	Betriebe mit ... Rindern			
	Insgesamt	1 - 29	30 - 99	100 und mehr
	Anzahl			
1 - 9	2 445	2 297	146	} 53
10 - 29	2 992	515	2 426	
30 - 49	1 444	-	1 029	415
50 u. mehr	551	-	75	476

Gebremster Strukturwandel in der Milch-
erzeugung beendet

Die Entwicklung der einzelbetrieblichen Milchkuhbestände wurde in den vergangenen Jahren deutlich von der Garantiemengenregelung beeinflusst. Es waren überwiegend Betriebe mit kleinen Bestandsgrößen, die die Milcherzeugung eingestellt haben. Für diese Betriebe hat sich der Strukturwandel verschärft. Die Zahl der Halter von einer bis neun Milchkühen ist seit 1980 auf 17 % zurückgegangen. Die Betriebe mit 10 bis 29 Kühen sind seither zahlenmäßig auf 40 % geschrumpft. Es dürfte sich hierbei vornehmlich um auslaufende Betriebe oder um solche mit Produktionsalternativen auf den typischen Ackerbau- und Sonderkulturstandorten gehandelt haben.

Aber auch in den höheren Bestandsgrößenklassen zeigten sich deutliche strukturelle Auswirkungen aufgrund der nur flächengebunden handelbaren Quoten. Zwischen 1986 und 1988 wurde der Strukturwandel in diesem Bereich gebremst. Sowohl die Zahl der Betriebe mit Herdengrößen von 30 bis 49 Kühen als auch mit noch größeren Beständen war rückläufig. Bis 1990 nahm dann die Zahl der Milcherzeuger mit 50 und mehr Kühen wieder um 8 % zu. Erst in den folgenden beiden Jahren stieg ihre Zahl wieder um 28 % auf nun über 500. Hierzu hat sicherlich auch die im Wirtschaftsjahr 1990/91 eröffnete Möglichkeit des „Quotenleasings“ beigetragen. Danach können anderen Milcherzeugern Milchlieferungsrechte (Referenzmengen) befristet für das jeweilige Wirtschaftsjahr ohne gleichzeitige Übertragung von landwirtschaftlichen Nutzflächen überlassen werden.

Die Entwicklung bis 1992 zeigt, daß die in der Milcherzeugung verbliebenen Haupterwerbsbetriebe mit zuvor schon größeren Beständen auch unter den gegebenen Bedingungen bestrebt waren, ihre Herdengröße weiterhin bis zum Optimum aufzustocken. Dies beweist auch,

Betriebe mit Milchkühen im Dezember 1980 bis 1992
nach Bestandsgrößenklassen

Jahr	Insgesamt	davon mit ... Milchkühen			
		1 - 9	10 - 29	30 - 49	50 u. m.
	Anzahl				
1980	22 804	14 086	7 531	1 005	182
1990	10 550	4 325	4 249	1 546	430
1992	7 432	2 445	2 992	1 444	551

daß selbst die Zahl der Betriebe mit 30 bis 49 Kühen zwischen 1990 und 1992 zugunsten der höheren Bestandsgrößenklasse abgenommen hat. Aufgrund der in den unteren Klassen ausgeschiedenen Betriebe hat sich der Anteil der „mittleren“ Betriebe an den Milcherzeugern insgesamt aber ebenfalls nochmal erhöht und beläuft sich nun auf knapp 20 %. Nach wie vor ist jedoch die Produktionsstruktur in Rheinland-Pfalz mit überwiegend Herdengrößen von unter 30 Kühen (73 %) kleinbäuerlich geprägt.

Milchkühe und Mutterkühe nur selten in einem
Betrieb

Parallel zum Rückgang der Milchkuhhaltung hat die Ammen- und Mutterkuhhaltung zugenommen. Sie findet sich aber nur selten in Kombination mit der Milcherzeugung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nach der Reform der EG-Agrarpolitik nur kleine Milcherzeuger mit einer Referenzmenge von bis zu 120 000 kg Milch Anspruch auf eine Prämie haben, die letztlich eine wirtschaftlich interessante Mutterkuhhaltung ermöglicht. Der Anteil dieser „Gemischtbetriebe“ an den Milcherzeugern insgesamt liegt bei knapp 10 %. Bemerkenswert ist, daß er auch unter den größeren Milcherzeugern mit 50 und mehr Milchkühen ebenso hoch ist. Dabei stehen in den meisten Betrieben mit 50 und mehr Milchkühen sowie Mutterkuhhaltung maximal eine bis zwei Ammen- und Mutterkühe. Hier handelt es sich vermutlich um abgehende Milchkühe und nicht um eine Mutterkuhhaltung im eigentlichen Sinn.

Unter den wenigen Betrieben mit Milcherzeugung sowie Ammen- und Mutterkühen halten im übrigen kleinere Milcherzeuger (eine bis neun Kühe) nur selten mehr als 15 Mutterkühe. Selbst unter den Betrieben mit 10 bis 49 Milchkühen beläuft sich dieser Anteil lediglich auf 11 %. Diese Gruppe hält dann überwiegend nur drei bis neun Mutterkühe.

Der Prozentsatz der Betriebe mit weniger als drei Mutterkühen, die ebenfalls keine Prämie beanspruchen können, ist auch unter den Ammen- und Mutterkuhhaltern insgesamt mit durchschnittlich 23 % noch sehr hoch. Zudem unterscheidet er sich – sieht man einmal von den Milcherzeugern mit großen Milchkuhbeständen ab – zwischen Mutterkuhhaltern mit oder ohne Milchkühe nur wenig.

Die Verteilung auf die Bestandsgrößenklassen bei den rund 3 700 Ammen- und Mutterkuhhaltern ohne gleichzeitige Milcherzeugung weist im Vergleich zu den „Gemischtbetrieben“ (9 %) einen höheren Prozentsatz von Betrieben mit 15 und mehr Tieren (19 %) auf. Der Anteil an Betrieben mit 10 bis 14 Mutterkühen (12 %) ist etwas geringer als bei den „Gemischtbetrieben“ (16 %).

Betrachtet man die Ammen- und Mutterkuhhalter insgesamt, zeigt die Bestandsgrößenentwicklung deutlich den Einfluß der mit der Reform der EG-Agrarpolitik eingeführten Regelungen. Da seit dem Wirtschaftsjahr 1991/92 die Prämie nur noch für Bestände ab drei Tiere gezahlt wird, haben zwischen 1990 und 1992 die Halter mit weniger Tieren als einzige Gruppe abgenommen (– 12 %). In den übrigen dargestellten Klassen nahm die

Betriebe mit Ammen- und Mutterkühen und Milchkühen 1992 nach Bestandsgrößenklassen

Betriebe mit Ammen- und Mutterkühen	Einheit	Betriebe mit ...Milchkühen						
		Insgesamt	ohne Milchkühe	mit Milchkühe	davon mit ...Milchkühen			
					1 - 9	10 - 29	30 - 49	50 u. mehr
Mit Ammen- und Mutterkühen	Anzahl	4 417	3 734	683	241	304	94	44
davon mit ... Ammen- und Mutterkühen								
unter 3	Anzahl	1 042	890	152	55	54	24	19
	% ¹⁾	23,6	23,8	22,3	22,8	17,8	25,5	43,2
3 - 4	Anzahl	1 030	845	185	80	80	20	5
	% ¹⁾	23,3	22,6	27,1	33,2	26,3	21,3	11,4
5 - 9	Anzahl	1 037	864	173	66	81	22	4
	% ¹⁾	23,5	23,2	25,3	27,4	26,6	23,4	9,1
10 - 14	Anzahl	550	438	112	36	57	16	3
	% ¹⁾	12,4	11,7	16,4	14,9	18,8	17,0	6,8
15 u. mehr	Anzahl	758	697	61	4	32	12	13
	% ¹⁾	17,2	18,7	8,9	1,7	10,5	12,8	29,5
Ohne Ammen- und Mutterkühe	Anzahl	.	.	6 749	2 204	2 688	1 350	507

1) Anteil an Betrieben mit Ammen- und Mutterkühen insgesamt.

Zahl der Betriebe seit 1990 mit zunehmender Klassen- gröÙe verstärkt zu. Der stärkste Anstieg an Haltern war bei den Beständen mit 30 und mehr Tieren zu verzeich- nen. Ihr Anteil an den Haltern insgesamt kletterte damit auf 6,4 %. Die meisten Betriebe (47 %) hatten jedoch fast unverändert drei bis neun Mutterkühe.

noch deutlicher ab 400 und mehr Schweinen zutage. Hier stieg die Zahl der Halter zumindest noch bis 1988 auf 118 % gegenüber 1980. In den darauffolgenden Zweijahreszeiträumen war nur noch eine Zunahme bei den Betrieben mit 600 und mehr Schweinen zu ver- zeichnen. Natürlich darf hierbei diese willkürlich festge-

Nur größere Schweinebestände nehmen noch zu

Von den insgesamt rund 11 250 Schweineerzeugern in Rheinland-Pfalz halten immer noch zwei Drittel nur ein bis neun Schweine. Hierbei handelt es sich überwie- gend um Masttiere. Allerdings ist die Zahl der Halter im Vergleich zu 1980 auf 35 % zurückgegangen. Ähnlich deutlich verringerte sie sich in der Größenklasse von 10 bis 99 Schweinen. Damit hat sich jedoch der Anteil der Bestände dieser Größenordnung (1992: 23 %) an den Gesamtschweinebeständen in den letzten Jahren kaum verändert.

Betriebe mit Schweinen im Dezember 1980 bis 1992 nach Bestandsgrößenklassen

Jahr	Insge- samt	Davon mit ...Schweinen				
		1-9	10-99	100-399	400-599	600 u. m.
		Anzahl				
1980	30 320	21 218	7 533	1 342	163	64
1990	13 288	9 060	2 927	1 019	188	94
1992	11 252	7 434	2 580	947	186	105

legte Klassengrenze nicht genau als die BestandsgröÙe definiert werden ab der die Zahl der Betriebe zunimmt. Durch die beschriebenen Veränderungen der Halter- zahlen hat der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr Schweinen seit 1980 zugenommen.

Betriebe mit Schweinen und Zuchtsauen 1992 nach Bestandsgrößenklassen

Betriebe mit Zuchtsauen	Einheit	Betriebe mit ...Schweinen				
		insgesamt	1 - 9	10 - 99	100 - 199	200 u. mehr
Insgesamt	Anzahl	11 252	7 434	2 580	573	665
ohne Zuchtsauen	Anzahl	8 894	7 153	1 334	165	242
mit Zuchtsauen	Anzahl	2 358	281	1 246	408	423
davon mit ... Zuchtsauen						
1 - 19	Anzahl	1 425	281	1 051	77	16
	% ¹⁾	60,5	100	84,4	18,9	3,8
20 - 49	Anzahl	564	x	190	264	110
	% ¹⁾	23,9	x	15,2	64,7	26,0
50 u. mehr	Anzahl	369	x	5	67	297
	% ¹⁾	15,6	x	0,4	16,4	70,2

1) Anteil an Betrieben mit Zuchtsauen insgesamt.

Betriebe mit Mastschweinen und Zuchtsauen 1992 nach Bestandsgrößenklassen

Betriebe mit Zuchtsauen	Einheit	Betriebe mit ...Mastschweinen ¹⁾				
		insgesamt	1 - 9	10 - 49	50 - 199	200 u. mehr
Insgesamt	Anzahl	8 133	6 156	1 226	509	242
ohne Zuchtsauen	Anzahl	6 684	5 399	832	286	167
mit Zuchtsauen	Anzahl	1 449	757	394	223	75
davon mit ...Zuchtsauen						
1 - 19	Anzahl	915	576	279	54	6
	‰ ²⁾	63,1	76,1	70,8	24,2	8,0
20 - 49	Anzahl	320	133	77	98	12
	‰ ²⁾	22,1	17,6	19,5	44,0	16,0
50 u. mehr	Anzahl	214	48	38	71	57
	‰ ²⁾	14,8	6,3	9,7	31,8	76,0

1) Mastschweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht. – 2) Anteil an Betrieben mit Zuchtsauen insgesamt.

Von den Betrieben mit Schweinehaltung erzeugen gut ein Fünftel Ferkel. Davon hielten 1992 noch 60 % weniger als 20 Zuchtsauen. Der Anteil dieser Betriebe ist jedoch seit 1980 deutlich zurückgegangen. Ihre Zahl schrumpfte seither auf gut ein Viertel.

Auch bei der Bestandsgrößenentwicklung in der Zuchtsauenhaltung schlägt sich der starke Rückgang der Schweinehaltung in Rheinland-Pfalz nieder. Während noch bis 1984 bei der Zahl der Halter mit 50 bis 74 Zuchtsauen ein Anstieg zu verzeichnen war, beschränkte sich dieser nach einem vorübergehenden Rückgang in 1988 auf die Halter von 75 und mehr Zuchtsauen.

Auch größere Schweinebestände vielfach mit Ferkelerzeugung

Die überwiegende Zahl der Ferkelerzeuger hält insgesamt 10 bis 99 Schweine. Unter den Schweinehaltern dieser Größenordnung machen die Ferkelerzeuger jedoch nur knapp 50 % aus. Wie bereits erwähnt, erzeugen 21 % der Schweinehalter auch Ferkel, wobei Betriebe mit einem bis neun Schweinen nur selten Sauen halten. Anteilmäßig die meisten Ferkelerzeuger gibt es bei den Betrieben mit 100 bis 199 Schweinen. Größere Betriebe hingegen betreiben zu einem etwas höheren Prozentsatz eine spezialisierte Schweinemast. Unter diesen sind es aber immer noch gut 60 % die Ferkel erzeugen.

Von den Ferkelerzeugern in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 10 bis 99 Schweinen hielten zum Stichtag 3. Dezember 1992 der überwiegende Teil (84 %) nicht mehr als 20 Zuchtsauen in ihrem Bestand. Die Ausnahme waren Betriebe mit 50 und mehr Zuchtsauen, die selbstverständlich hinsichtlich der Gesamtzahl an Schweinen im oberen Bereich dieser Größenklasse liegen dürften.

Die gut 400 noch größeren Schweineerzeuger (100 bis 199 Schweine) mit Zuchtsauenhaltung beschränken sich aber oftmals auf die Haltung von nur 20 bis 49

Sauen (65 %). Von diesen 264 Betrieben hatten 173 zwischen 30 und 49 Zuchtsauen. Selten anzutreffen sind unter den großen Schweineerzeugern mit insgesamt 200 und mehr Tieren und gleichzeitiger Ferkelerzeugung solche mit weniger als 20 Zuchtsauen (3,8 %), der überwiegende Teil hält 50 und mehr (70 %). Von diesen 297 Schweineerzeugern haben 24 Bestände von 600 und mehr Schweinen bei einer Ferkelerzeugung auf der Grundlage von 100 und mehr Zuchtsauen.

Da im Rahmen der Viehzählung Jungschweine zwischen 20 und 50 kg nicht hinsichtlich der Produktionsrichtung Zucht oder Mast unterschieden werden, erlaubt die Viehzählung im Grunde keine genaue Abgrenzung von Mastbetrieben hinsichtlich ihrer Größenordnung. Betriebe mit Schweinemast können eindeutig nur anhand ihres Bestandes an Masttieren mit 50 kg und mehr Lebendgewicht beschrieben werden. Unter diesen rund 8 100 Betrieben gibt es insgesamt 82 % reine Mastschweinehalter ohne Zuchtsauen. Sie halten überwiegend ein bis neun Mastschweine. Bei den Betrieben mit 10 bis 49 oder 200 und mehr Mastschweinen verzichten fast 70 % auf die Zuchtsauenhaltung, wohingegen es in Betrieben mit 50 bis 199 Mastschweinen nur 56 % sind.

In „Gemischtbetrieben“ mit 10 bis 49 Mastschweinen werden zumeist nicht mehr als 20 Zuchtsauen gehalten (71 % der Betriebe). Sofern 50 bis 199 Mastschweine neben den Zuchtsauen gehalten werden, betreiben von diesen Mastschweinehaltern 44 % mit 20 bis 49 Sauen und weitere 32 % mit einem noch größeren Sauenbestand eine Ferkelerzeugung. In „Gemischtbetrieben“ mit 200 und mehr Mastschweinen steigt der Anteil der größeren Sauenbestände mit 50 und mehr Tieren auf 76 %.

Diese Zahlen belegen deutlich, daß viele Betriebe die produktionstechnischen Vorteile einer Ferkelerzeugung und Mast im geschlossenen System nutzen, um unter anderem die Risiken, die mit dem Zukauf von Mastferkeln verbunden sind, auszuschließen.

Dr. Birgit Hübbers

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 789	3 852	3 852	3 857	3 863
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	2 052	2 754	3 230	2 885	3 134 ^p	2 620 ^p	3 014 ^p	2 895 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,4	8,7	9,9	8,8	9,5 ^p	8,2 ^p	9,1 ^p	8,8 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	3 560	3 462	3 797	3 792	3 209 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	11,1	10,9	11,6	11,6	9,7 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	3 553	3 341	3 366	3 506	3 242 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,0	10,6	10,3	10,7	9,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	24	19	26	19	15 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	6,6	5,5	7,0	5,0	4,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	7	121	431	286	- 33 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	0,0	0,4	1,3	0,9	- 0,1 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 775	12 290	12 245	12 443	13 619
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	7 320	6 645	7 654	8 587
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	4 970	5 600	4 789	5 032
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	12 173	11 782	12 634	13 583
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	81 071	89 871	90 729	109 939	109 828	121 617	120 624
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	42 139	46 376	46 640	61 099	60 534	66 921	66 345
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 231	4 761	4 234	.	.	.	5 301	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	27 136	29 993	27 681	.	.	.	39 522	.	.
Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	5,2	5,8	5,8	7,0	7,0	7,7	7,6
Offene Stellen	Anzahl	17 425	20 320	21 975	25 201	27 859	22 755	24 070	26 612	26 559
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 187	1 409	1 384	.	.	.	2 012	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 510	5 419	5 810	.	.	.	5 202	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	6 764	13 123	12 571	8 716	6 737	42 551	39 059	21 350	13 917
Männer	Anzahl	5 086	9 875	9 122	6 375	5 213	33 658	31 368	16 970	11 313
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	15 374	14 269	14 034	13 092	12 794	13 111	13 754	12 873	12 878
* Rinder	t	5 727	4 755	4 511	4 220	3 872	3 754	3 895	3 748	3 466
* Kälber	t	43	33	29	23	19	25	22	18	21
* Schweine	t	9 464	9 354	9 339	8 753	8 795	9 234	9 706	9 013	9 307
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	66	65	69	68	65	72	68	69	68
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	96,1 ^r	95,8	95,2	96,1	96,1	96,1	95,4
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 674	2 680	2 676	2 601	2 601	2 586	2 582
* Beschäftigte	1 000	394	385	386	386	386	358	357	355	355
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	268	258	259	260	259	236	235	234	234
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 271	33 985	33 793	34 817	29 860	30 004	30 845	29 549	28 115
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	1 879	1 809	1 727	1 602	1 836	1 625	1 631
* Löhne	Mill. DM	980	997	1 044	1 037	980	874	1 005	895	912
* Gehälter	Mill. DM	745	788	835	772	747	728	831	730	719
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	9 223	9 151	7 764	7 995	8 668	8 029	7 649
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	3 028	3 088	2 497	2 739	2 893	2 677	2 459
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	32,8	33,7	32,2	34,3	33,4	33,3	32,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	252	271	297	.	.	.	253	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	725	807	824	.	.	.	696	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	133	126	109	.	.	.	88	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	60	50	41	.	.	.	36	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	73	76	68	.	.	.	52	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 135	1 125	1 118	1 165	1 066	1 076	1 095	1 070	1 036
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	230	220	190	188	208	196	194	189
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	118	116	115	119	104	103	109	103	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	117	116	119	121	107	111	114	111	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	113	124	136	144	128	132	139	136	...
Chemische Industrie	1985 = 100	119	118	120	120	109	114	116	113	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	104	102	108	93	84	95	81	...
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	103	100	90	122	113	70	82	65	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	86	87	74	57	73	76	63	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128	123	118	122	105	106	114	107	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	61	54	43	41	50	41	46	37	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	155	157	153	165	151	139	144	154	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	384	214	230	283	404	370	362	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 302	2 874	2 673	2 838	2 685	2 804	2 843	2 560	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 715	1 231	1 092	1 162	1 183	1 324	1 376	1 053	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 981	2 004	1 779	1 887	1 766	1 860	1 815	1 847	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	446	457	301	311	286	374	348	338	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	87	86	.	.	.	85	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	195	197	.	.	.	191	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 200	61 356	61 965 ^r	62 127	62 160	60 114 ^p	60 789 ^p	59 754 ^p	60 563 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 347	30 284	34 725 ^r	29 875	29 748	28 947 ^p	33 798 ^p	28 225 ^p	28 355 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 528	16 490	12 948 ^r	17 705	17 647	16 454 ^p	12 476 ^p	17 123 ^p	17 125 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 670	6 803	7 392 ^r	7 947	6 230	6 938 ^p	7 572 ^p	7 193 ^p	6 941 ^p
Privater Bau	1 000	4 309	4 497	4 799 ^r	5 127	4 224	4 611 ^p	5 081 ^p	4 842 ^p	4 746 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 431	2 653	2 729 ^r	3 025	2 415	2 864 ^p	3 220 ^p	2 918 ^p	2 903 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	23	17	24 ^r	16	43	51 ^p	80 ^p	72 ^p	64 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 855	1 827	2 046 ^r	2 086	1 766	1 696 ^p	1 781 ^p	1 852 ^p	1 779 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 361	2 305	2 593 ^r	2 820	2 006	2 327 ^p	2 491 ^p	2 351 ^p	2 195 ^p
Hochbau	1 000	510	433	434 ^r	488	362	399 ^p	418 ^p	473 ^p	423 ^p
Tiefbau	1 000	1 851	1 872	2 159 ^r	2 332	1 644	1 928 ^p	2 073 ^p	1 878 ^p	1 772 ^p
Straßenbau	1 000	953	981	1 127 ^r	1 271	882	1 042 ^p	1 092 ^p	1 060 ^p	974 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	225	242	240 ^r	255	242	236 ^p	249 ^p	248 ^p	249 ^p
* Löhne	Mill. DM	182	194	193 ^r	206	195	187 ^p	196 ^p	198 ^p	200 ^p
* Gehälter	Mill. DM	43	48	47 ^r	49	47	49 ^p	53 ^p	50 ^p	49 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	715	809	799 ^r	889	795	800 ^p	902 ^p	855 ^p	772 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	896	949	1 131	995	873	1 099	1 247	1 205	1 102
* mit 1 Wohnung	Anzahl	616	607	729	630	549	672	782	713	675
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	155	203	252	211	177	249	266	254	230
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	122	139	150	154	147	178	199	238	197
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 045	1 160	1 347	1 212	1 051	1 408	1 490	1 611	1 276
* Wohnfläche	1 000 m²	182	203	232	213	187	246	259	283	227
Wohnräume	Anzahl	8 524	9 327	10 535	9 737	8 523	11 261	12 034	13 150	10 490
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	371	437	501	464	398	576	588	649	504
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	4	3	12	–	8	3	2	4
Unternehmen	Anzahl	162	128	140	139	83	121	156	118	122
Private Haushalte	Anzahl	731	816	988	844	790	970	1 088	1 085	976
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	174	172	169	188	155	135	148	168	154
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 005	987	1 158	1 183	928	790	772	786	598
* Nutzfläche	1 000 m²	159	154	167	175	152	132	121	125	105
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	209	216	231	266	289	175	173	176	158
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	19	26	26	25	28	19	28	23	22
Unternehmen	Anzahl	139	138	132	159	122	106	112	133	128
Private Haushalte	Anzahl	8	8	11	4	5	10	8	12	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	2 439	2 564	2 691	2 331	3 021	3 130	3 428	2 737
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 966	2 952	2 921	2 900	2 676
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 628	1 646	1 686	1 663	1 415
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	225	250	264	238	232
Dänemark	Mill. DM	49	50	52	43	46
Frankreich	Mill. DM	432	418	420	436	377
Griechenland	Mill. DM	28	31	34	39	25
Großbritannien	Mill. DM	273	270	264	270	261
Irland	Mill. DM	11	12	11	12	10
Italien	Mill. DM	258	257	277	270	159
Niederlande	Mill. DM	211	217	217	213	189
Spanien	Mill. DM	117	114	122	114	88
Portugal	Mill. DM	26	26	26	27	27
USA und Kanada	Mill. DM	195	196	182	194	173
Japan	Mill. DM	69	63	63	55	62
Entwicklungsländer	Mill. DM	408	394	373	359	398
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	110	104	95	105	107
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 341	2 262	2 116	2 517	1 792
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 341	1 289	1 183	1 438	1 004
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	303	290	254	282	268
Dänemark	Mill. DM	45	46	44	46	40
Frankreich	Mill. DM	313	300	268	324	222
Griechenland	Mill. DM	8	7	7	8	4
Großbritannien	Mill. DM	107	108	105	112	85
Irland	Mill. DM	13	12	11	13	10
Italien	Mill. DM	203	190	188	241	136
Niederlande	Mill. DM	230	213	192	253	167
Spanien	Mill. DM	98	103	99	130	52
Portugal	Mill. DM	20	21	14	28	20
USA und Kanada	Mill. DM	162	175	152	173	131
Japan	Mill. DM	132	120	133	154	70
Entwicklungsländer	Mill. DM	312	286	285	309	269
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	99	64	68	75	58

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 484	55 886	52 157	51 536	59 841
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	28 792	28 639	32 059
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	3 904	4 001	3 820
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	6 731	6 592	7 398
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	4 073	4 284	4 816
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	5 170	5 031	5 923
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	4 224	4 126	4 919
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 660	53 151	51 030	49 525	58 560
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	26 786	25 936	30 560
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	3 667	3 651	3 846
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	6 236	5 822	6 724
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 329	3 448	4 013
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	4 778	4 884	6 199
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	4 915	4 432	5 467
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 198	3 237	3 256	3 483	3 507	3 535	3 574 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 546	2 583	2 592	2 720	2 735	2 760	2 774 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	652	654	664	763	772	776	800 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 173	2 184	2 192	2 267	2 290	2 310	2 306 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	743	743	747	781	783	786	787 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	35 210	54 337	39 696	36 677	37 889 ^P	58 350 ^P	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	18 380	38 133	22 551	19 012	19 829 ^P	40 694 ^P	...
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	17 973	19 006	21 993	19 090	19 275 ^P	20 734 ^P	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	- 238	9 889	- 1 233	1 526	- 1 507 ^P	9 549 ^P	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	16 485	16 201	15 837	16 877	17 797 ^P	17 653 ^P	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	9 750	9 331	8 635	13 389	14 723 ^P	14 345 ^P	...
Zölle	Mill. DM	692	645	642	600	657	653	579 ^P	566 ^P	...
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	9 350	10 396	8 816	6 782	7 869 ^P	7 585 ^P	...
Versicherungssteuer	Mill. DM	488	675	550	419	441	538	573 ^P	516 ^P	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	7 344	6 969	6 736	6 271	...	7 048 ^P	...
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	98,3	100,8	102,6	102,6	101,3	100,9	100,7	100,6	99,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,1	91,9	96,7	96,3	93,7	87,2	86,1	86,6	85,0 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	103,4	104,8	105,1	105,2	105,1	105,0	104,8	104,8	104,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	131,2	.	.	.	137,4	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	124,3	131,3	131,0	.	.	.	137,4	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	127,7	.	.	.	131,6	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	115,0	115,2	115,2	119,4	119,8	120,0	120,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	113,1	113,2	112,8	114,8	115,2	115,1	114,8
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	113,0	113,0	113,2	116,0	116,4	116,4	116,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	122,9	123,4	123,8	129,9	130,4	130,9	131,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	90,1	90,1	89,8	91,2	91,1	90,7	90,9
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	114,2	114,4	114,5	117,5	118,0	118,1	118,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	117,6	117,8	118,1	121,9	122,1	122,5	122,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	117,2	117,8	117,7	121,5	121,5	122,1	122,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	112,6	112,2	112,2	115,3	115,5	115,6	115,7
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	122,4	122,9	122,9	133,5	134,5	135,2	136,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Bestandsstrukturen in der Viehhaltung 1992

Der Anstieg der durchschnittlichen Bestandsgrößen in der Viehhaltung macht sich in einer Zunahme der Großvieheinheiten je Halter von 11 auf rund 17 zwischen 1980 und 1992 bemerkbar. Die größten Durchschnittsbestände, gemessen in Großvieheinheiten, gibt es im Regierungsbezirk Trier. Gleichzeitig war hier auch der deutlichste Zuwachs an Großvieheinheiten je Halter zu verzeichnen.

Von den Viehhaltern in Rheinland-Pfalz beschäftigen sich gut 50 % mit der Rinderproduktion. 1992 hielt der überwiegende Teil (58 %) dieser Betriebe noch immer weniger als 30 Rinder. Insgesamt war jedoch die Zahl der Betriebe mit Beständen unter 100 Rindern zwischen 1990 und 1992 rückläufig. Nur die Halter größerer Bestände nahmen noch zu (+ 11 %). Hinsichtlich des prozentualen Anteils an der gesamten Halterzahl haben allerdings bereits die Betriebe ab 60 Rinder ein höheres Gewicht erhalten. Die Produktionsstruktur in der Milchkuhhaltung ist weiterhin kleinbäuerlich geprägt. Rund drei Viertel aller Milchkuhhalter haben weniger als 30 Kühe.

Gleichzeitig mit dem Rückgang der Milcherzeuger hat die Zahl der Ammen- und Mutterkuhhalter zugenommen. Milchkühe und Mutterkühe werden jedoch nur selten in einem Betrieb zusammen gehalten. Die meisten Betriebe (47 %) haben drei bis neun Ammen- und Mutterkühe.

Von den Schweineerzeugern in Rheinland-Pfalz halten zwei Drittel nur ein bis neun Schweine. Hierbei handelt es sich überwiegend um Masttiere. Nur gut ein Fünftel aller Schweinehalter erzeugt Ferkel. Anteilmäßig die meisten Zuchtsauenhalter gibt es unter den Betrieben mit 100 bis 199 Schweinen (71 %). Bei allgemein rückläufiger Zahl der Schweinehalter insgesamt erhöhte sich in jüngster Zeit nur noch die Zahl der Betriebe mit 600 und mehr Schweinen. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 231.

Apfelernte 1993 niedriger als im Vorjahr

Nach der sehr hohen Apfelernte des Vorjahres wird für 1993 in Rheinland-Pfalz nur eine durchschnittliche Erntemenge erwartet. Mit etwa 48 000 t im Markto Obstbau wird sie um gut 30 % unter dem Vorjahresergebnis bleiben. Dies ist neben Blütenfrösten und Trockenheit auf die Tatsache zurückzuführen, daß in aller Regel auf Jahre mit höheren Ernten solche mit niedrigeren folgen (Alternanz).

Im Markto Obstbau wird mit einem durchschnittlichen Baumertrag von rund 19 kg gerechnet. Das mehrjährige

Mittel wird dabei um knapp 20 % unterschritten, das Ergebnis von 1992 sogar um 30 %. Für den übrigen Anbau belaufen sich die Schätzungen auf 18 kg je Baum. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies gut 13 kg weniger (- 37 %). pt

Gute Erträge bei Kartoffeln

Mit gut 340 000 t wird in Rheinland-Pfalz eine leicht überdurchschnittliche Kartoffelernte erwartet. Gegenüber dem Vorjahr liegt die Erntemenge um 11 % niedriger. Verantwortlich hierfür ist eine Einschränkung der Anbaufläche um 10 %, wovon die mittelfrühen und späten Kartoffeln am stärksten betroffen waren.

Bei Frühkartoffeln wurde mit 307 dt/ha eine überdurchschnittliche Flächenleistung erzielt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der landesweiten Proberodungen im Rahmen der Besonderen Ernteermittlung sind bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln sehr gute Erträge zu erwarten. Im Landesdurchschnitt wird mit rund 332 dt/ha gerechnet, womit der mehrjährige Durchschnitt um 8 % und der Vorjahresertrag um 2 % überschritten würden. pt

Umsatz des Einzelhandels ging im ersten Halbjahr um fast 3 % zurück

Die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte setzten im ersten Halbjahr 1993 annähernd 3 % weniger um als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Umsatz der Apotheken verringerte sich um 15 %. Stärkere Einbußen wurden auch im Einzelhandel mit Schuhen (13 %), mit Kraftwagen (9 %) und mit Büchern sowie Fachzeitschriften (6 %) registriert. Dagegen nahm der Absatz von Drogerieartikeln und von Möbeln zu. Das Umsatzplus der Drogerien belief sich auf 10 %, das der Möbelfachgeschäfte auf 9 %.

Mit dem allgemeinen Absatzzrückgang des Einzelhandels ging auch ein Personalabbau um knapp 1 % einher. Dabei ergab sich eine Verlagerung zur Teilzeitbeschäftigung. Es gab fast 3 % weniger Vollzeitstätige, aber knapp 2 % mehr Teilzeitbeschäftigte. sr

Leichtes Umsatzplus im Gastgewerbe im ersten Halbjahr

Die rheinland-pfälzischen Gaststätten und Beherbergungsbetriebe erzielten im ersten Halbjahr 1993 ein Umsatzplus von gut 1 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Im Beherbergungsgewerbe stagnierte der Umsatz, wobei die Hotels mit einem Anstieg um

0,5 % und die Gasthöfe um knapp 1 % noch am besten abschnitten. Die Entwicklung im Gaststättengewerbe war etwas günstiger. Vor allem die Speisewirtschaften erzielten Mehreinnahmen (um fast 3 %). Läßt man die Preissteigerungen außer acht, errechnen sich allerdings in allen Wirtschaftszweigen der Gastronomie leichte Umsatzrückgänge. Dementsprechend wurde auch weniger Personal eingesetzt (– 1 %). sr

Erstmals mehr als 2 Mill. Personenwagen in Rheinland-Pfalz, Kombis mit 9 % Zunahme

Von Mitte 1992 bis Mitte 1993 erhöhte sich der rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugbestand um 2,4 % auf 2 402 725 Fahrzeuge. Die Zahl der Personenwagen überschritt mit 2 028 449 (+ 2,3 %) erstmals die Grenze von 2 Mill. Fahrzeugen. Unter den Personenwagen genießen Kombis, die längst nicht mehr nur praktische Kleintransporter für Handel und Handwerk sind, nach wie vor eine wachsende Beliebtheit. Der Bestand an Kombis nahm überdurchschnittlich stark um 9 % auf 255 792 Einheiten zu.

Am 1. Juli 1993 gab es außerdem 141 563 Zugmaschinen (– 1 %), 109 304 Krafträder (+ 8,6 %), 90 816 Lastkraftwagen (+ 2,9 %) sowie 5 314 Busse (– 0,1 %). Die Zahl der Wohnmobile stieg um 7,5 % auf 13 970. kl

Deutlich weniger Straßenverkehrsunfälle, aber mehr Verkehrstote auf Autobahnen

Im August 1993 wurden in Rheinland-Pfalz 8 147 Straßenverkehrsunfälle polizeilich registriert, davon waren 6 501 reine Sachschadensunfälle. Dies sind 9,4 bzw. 12,1 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg um 2,9 % auf 1 646 an. Von den 2 180 Verunglückten im August erlitten 51 Personen tödliche Verletzungen, davon 5 auf Autobahnen, und 600 wurden schwer verletzt.

Im gesamten Zeitraum von Januar bis August 1993 war die Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ebenfalls rückläufig. Bei 72 969 Unfällen (– 4,2 %) wurden 60 950 (– 4,6 %) reine Sachschadensunfälle festgestellt. Während die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten (– 3,7 bzw. – 1,9 %) weiter zurückging, blieb die Zahl der Getöteten (324; + 0,3 %) auf dem Vorjahresniveau. Auf Autobahnen wurden von Januar bis August 1993 insgesamt 61 Menschen getötet. In der gleichen Periode des Vorjahres waren es 34 Personen gewesen. kl

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - September		Veränderung
	1992	1993	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 085,2	1 115,5	2,8
Vermögensteuer	214,5	247,5	15,4
Erbschaftsteuer	108,9	86,3	– 20,7
Kraftfahrzeugsteuer	555,0	576,3	3,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	125,1	119,3	– 4,6
Feuerschutzsteuer	18,5	17,9	– 2,8
Biersteuer	63,2	68,1	7,8
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 045,8	5 077,3	0,6
Lohnsteuer	3 741,2	3 871,0	3,5
Veranlagte Einkommensteuer	504,5	403,7	– 20,0
Kapitalertragsteuer	189,7	186,6	– 1,6
Zinsabschlagsteuer	–	120,8	.
Körperschaftsteuer	610,4	495,1	– 18,9
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 322,5	2 481,0	6,8
Umsatzsteuer	1 273,4	2 054,2	61,3
Einfuhrumsatzsteuer	1 049,0	426,9	– 59,3
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	79,7	34,2	– 57,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	14,9	18,7	25,7
I n s g e s a m t	8 548,1	8 726,8	2,1

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Themen der letzten Hefte

Heft 8 / August 1993

- Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein
- Die Bevölkerungsentwicklung im Jahre 1992
- Lastenzuschußbeziehende Wohngeldempfänger 1992
- Ernteerträge und -aussichten 1993

Heft 9 / September 1993

- Regionale Prognosen
- Ältere Menschen – Langfristige Entwicklungstendenzen
- 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993
- Baulandmarkt 1992 – Zur Aussagekraft der Kaufwerte für Bauland –

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.